



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

März

Nr. 3/1974

SÜDAFRIKA



**Polizist
Richter
und
Henker**

REPUBLIK SÜDAFRIKA

Interview mit dem
KP-Vorsitzenden
Dr. Y. M. Dadoo (Teil 2)

KAMBODSCHA

Aktuelle Lage und
allgemeine Probleme
des Befreiungskampfes

BRASILIEN

Carlos Prestes:
Faschismus – Bedrohung
Lateinamerikas

CHILE

Eduard Labarca
zur aktuellen Situation

NAHER OSTEN

Emile Touma:
Die Palästinafrage
heute

1,50 DM

Inhaltsverzeichnis:

AIB-Aktuell (Naher Osten) S. 3

Kambodscha

Wolfram Brönner, Günther Ritter, Wolfgang Ritter:
Aktuelle Lage und Probleme des Befreiungskampfes S. 4 – 8

Brasilien

Luis Carlos Prestes:
Errichtung des Faschismus und Bedrohung des Kontinents (Teil 1) S. 9 – 12

Chile

Eduardo Labarca:
Das Volk gegen die Junta S. 13 – 16

Republik Südafrika

AIB-Interview mit Dr. Y. M. Dadoo,
(Teil 2) S. 17 – 19

Palästina

Emile Touma:
Die Palästina-Frage heute S. 20 – 25

Kurzinformation

Äthiopien S. 25

BRD-Portugal S. 26

Lateinamerikanische Staatenkonferenz S. 27

Argentinien S. 27 – 28

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer,
Steffen Lehdorf, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling,
Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel,
Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Brönner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Brönner, Jutta von Frey-
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Postscheckkonto 312093-607 Psch.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
D. Fendt, B. Hebel-Kunze, W. Herrmann, O. Jäckel,
I. Kempny, G. Ritter, W. Ritter, B. Schwiening,
E. Weidlich.

Redaktionsschluß dieser Nummer: 13. 3. 1974

Bitte beachten Sie unsere Anzeigen und Beilage:

- AKAFRIK-REPORT, Nr. 1-3/1973
 - Zeitschrift Forum E
 - Bestellkarte des AIB
-

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 Psch.A Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

AIB-Aktuell

Nach dem vorläufigen Scheitern der syrisch-israelischen Verhandlungen über einen Rückzug Israels von der Golanfront scheinen die positiven Ansätze zu einer politischen Lösung des Nahostkonflikts in Frage gestellt zu sein.

Israels Kurs der Unnachgiebigkeit

In Übereinstimmung mit dem rechtsextremen Parteienblock LIKUD nehmen die israelischen Regierungsparteien erneut Kurs auf eine Zuspitzung der militärischen Lage an den syrischen Frontlinien. In ihrer Regierungserklärung vom 10. März 1974 hob Ministerpräsidentin Golda Meir insbesondere die "Gefahr eines neuen kriegerischen Zusammenstoßes mit Syrien" hervor (in: FAZ, 11.3.1974). Informationen des israelischen Geheimdienstes über die angebliche Gefahr eines drohenden Angriffs von Seiten Syriens werden gezielt lanciert. Die demagogische Absicht solcher Informationen läßt sich ohne Mühe entlarven, berichtete doch selbst die FAZ am 27.2.1974 von ständigen Versuchen der israelischen Truppen, an der Golanfront "ihre Positionen im Schutz der Dunkelheit vorzuschieben oder auszubauen", was einen "Hauptgrund für die häufigen Artillerieduelle an der syrischen Front auch nach der Feuereinstellung" darstelle. Unnachgiebig beharrt die israelische Regierung auf ihren Annexionsansprüchen: So wies G. Meir in ihrer Regierungserklärung "eine Rückkehr zu den Linien des 4. Juni 1967 als indiskutabel zurück" und versicherte, daß Israel niemals einen arabisch-palästinensischen Staat akzeptieren und "das geeinte Jerusalem die Hauptstadt Israels" bleiben würde (in: FAZ, 11.3.1974). Schon Anfang Februar d.J. hatte die israelische Regierung angekündigt, man werde mit dem Bau einer Stadt auf dem okkupierten syrischen Territorium beginnen und die dort errichteten Wehrdörfer zu Festungen umrüsten.

Nahostoffensive der USA

Israels unnachgiebige Haltung findet in der flexiblen Taktik der US-Regierung gegenüber den arabischen Staaten eine Hauptstütze. Nach dem Oktoberkrieg 1973 hatten die arabischen Staaten durch das Ölembargo Einheit und Stärke gezeigt und damit neue Voraussetzungen für eine politische Lösung des Nahostkonflikts geschaffen. Die US-Regierung, durch das Öl-Embargo in ihren Interessen an einer Rohstoffsicherung im Nahen Osten getroffen, hat auf diese Demonstration arabischer Einheit sofort reagiert: zunächst mit militärischen und wirtschaftlichen Drohungen, dann durch Verhandlungen mit einzelnen arabischen Staaten. Die korrespondierenden Besuche von König Hussein und Israels Außenminister Eban in Washington zeugen davon, daß die USA dabei in erster Linie auf die reaktionäre, antipalästinensische Politik Jordaniens setzen. Ferner versuchen die USA nicht ohne jeden Erfolg, durch die Unterbreitung ökonomischer und politischer Angebote gegenüber einzelnen arabischen Staaten (Ägypten!), die arabische Einheit zu spalten und die arabischen Staaten gegeneinander auszuspielen. Unterstützt von anderen imperialistischen Mächten wie der BRD finden die USA bei ihren Spaltungsbemühungen einen wirksamen Hebel in den unterschiedlichen sozialen Systemen, in den divergierenden politischen und ökonomischen Interessen der arabischen Länder. Sowohl zwischen den nationaldemokratisch regierten Staaten (Irak, Syrien, u.E. Ägypten) als auch zwischen diesen z.B., und den Feudalregimes (wie Saudi-Arabien, Kuwait, Jordanien) bestehen selbst hinsichtlich der Politik gegenüber dem ge-

meinsamen Gegner, dem zionistischen Israel, starke Differenzen.

Die US-amerikanische Politik der partiellen Zugeständnisse entspricht einerseits den Vorstellungen solcher Kräfte in den USA selbst, die ihr Interesse an einer Rohstoffsicherung auf längere Perspektive eher in einer Nahostpolitik gesichert sehen, welche nicht allein auf Israel setzt, sondern eine Annäherung an die arabischen Staaten sucht. Andererseits stellt diese Politik zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine ernste Bedrohung für die arabische Einheit und die gemeinsamen Forderungen der arabischen Staaten nach Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und nach einer Friedensregelung unter Einbeziehung der Palästina-Frage dar.

Die politische Offensive der US-Regierung, die die offenen Aggressionsdrohungen der israelischen Regierung nach der Taktik von "Zuckerbrot und Peitsche" ergänzt, muß als Reaktion auf den Druck der Weltöffentlichkeit verstanden werden, die sich nach dem Oktoberkrieg vehement mit den Ursachen des Nahostkonflikts und der Palästina-Frage auseinandersetzte und auf eine friedliche Lösung drängte. Die Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als Vertreter des palästinensischen Volkes (selbst durch Jordanien) und ihre Einbeziehung in Friedensregelungen sind Beweis dafür.

Vorbereitung der internationalen Solidaritätskonferenz

In dieser Situation kommt den Bestrebungen, auf internationaler Ebene den Forderungen der arabischen Völker erneut Nachdruck zu verleihen, besondere Bedeutung zu. Diese Aufgabe stellte sich das internationale Treffen "Für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten" am 23./24. Februar 1974 in Rom, an dem sich 26 Nationen und Organisationen beteiligten, darunter auch die PLO. Dieses Treffen, das der Vorbereitung einer großen Internationalen Konferenz diene, wertete die Vereinbarungen über die Truppenentflechtung an der israelisch-ägyptischen Front und die Verhandlungen über die Truppenentflechtung an der israelisch-syrischen Front als "ersten Schritt zu einer allgemeinen politischen Lösung für die Nahostkrise auf der Grundlage der vollen Erfüllung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und der Generalversammlung". In der Abschlusserklärung heißt es weiter: "Aber trotz dieser positiven Entwicklungen wirken mächtige imperialistische Kreise darauf hin, eine erfolgreiche Entwicklung der Genfer Konferenz zu verhindern. Nach wie vor ist die Situation gefährlich, und deshalb ist es notwendig, eine rasche und gerechte Lösung zu finden". Die für die nächste Zeit geplante Konferenz wird einen "starken Beitrag für die Sache des Friedens und der Gerechtigkeit im Nahen Osten leisten, wenn sie sich die Mobilisierung der öffentlichen Weltmeinung zum Ziel setzt für die erfolgreiche Entwicklung der Genfer Konferenz, für die volle Erfüllung der UN-Sicherheitsrats Resolutionen 242 und 338 und der anderen entsprechenden Resolutionen der UNO-Vollversammlung, für den vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus allen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten, für die Verwirklichung der legitimen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, für die Beendigung des kriegerischen Zustands im Nahen Osten und für einen gerechten und dauerhaften Frieden, der die Sicherheit und die legitimen Rechte für alle Völker und Staaten in dieser Region gewährleistet."

.....

Kambodscha

Wolfram Brönnner, Günther Ritter, Wolfgang Ritter

Aktuelle Lage und Probleme des Befreiungskampfes

Zuspitzung der Kämpfe um Phnom Penh

Tagtäglich schlugen in den letzten Wochen in unmittelbarer Nähe des Amtssitzes des US-Marionetten-Regimes Lon Nol sowjetische SAM-Raketen und erbeutete amerikanische Granaten ein. Die Volksbefreiungsstreitkräfte Kambodschas (FAPLNK) haben die wichtigsten Transportwege nach Phnom Penh, so auch die Zugangsstraße zur Hafenstadt Kompong Som (Nationalstraße 4) abgeschnitten. Sie zogen den Ring um die Hauptstadt von 20 km auf 10 bis 5 km zusammen.¹⁾ Die von der Söldnerarmee Lon Nols vorgetragenen Gegenangriffe blieben trotz massiver Luftwaffenunterstützung und trotz des fortwährenden Einsatzes von Napalmbomben gegen Stellungen der FAPLNK sowie die befreiten Gebiete ohne Erfolg.

In einem Situationsbericht des Indochina-Experten W.Burchett vom Februar d.J. heißt es: "Lon Nol, der Mann Nixons in Phnom Penh, ist militärisch, politisch und diplomatisch immer mehr isoliert. Seine offizielle Residenz Chamcar Mon in Phnom Penh ist bombardiert worden. Lon Nol und seine letzten Getreuen haben ihren Sitz in den prächtigen königlichen Palast verlegt, in der Hoffnung, daß kein Pilot dieses Gebäude angreifen wird. Aber wo immer sie sich verstecken, sind ihre letzten Tage jetzt gezählt." 2)



1970 putschten sie mit dem US-Geheimdienst CIA, heute sind die Tage ihrer korrupten, volksfeindlichen Verwaltung gezählt: Sirik Matak und Lon Nol.

Kampferfolge der Befreiungsbewegung

Mittlerweile kontrollieren die Befreiungskräfte der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) über 90% des Territoriums, in dem mehr als 80% der Bevölkerung leben. Die im November 1973 vollzogene Übersiedelung der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) vom vorübergehenden Exil in Peking nach Kambodscha trug zur weiteren Konsolidierung der Volksmacht in den befreiten Gebieten bei. Während sich die Marionettenverwaltung Lon Nols von Krisen zerrüttet sieht und sich nur noch in Phnom Penh, Kompong Som sowie einigen wenigen Militärstützpunkten halten kann, kommt im befreiten Territorium der Aufbau erfolgreich voran.

Heute beeindruckt - so W.Burchett - sowohl die "neue Vielseitigkeit der Landwirtschaft" als auch die hohe Effektivierung bis hin zur Mechanisierung der Textilproduktion.³⁾ In den befreiten Gebieten verteilte die FUNK Land an arme Bauern, schuf genossenschaftliche Kooperativen und organisierte die Versorgung der Werktätigen und Soldaten. Anders als in Lon Nols Machtbereich konnte hier die Reisproduktion gesteigert werden, blieben die Preise für Grundnahrungsmittel und Kleidung stabil, wurden in der Volksbildung erhebliche Fortschritte gemacht.

Verschärfte Krise unter Lon Nol

Demgegenüber spitzt sich in den von Lon Nol kontrollierten Gebieten die ökonomische und soziale Krise weiter zu. Der Spiegel z.B. schrieb dazu Ende Februar d.J., daß die Bevölkerung Phnom Penhs in den letzten 6 Monaten selbst die zahllosen streunenden "Hunde aufgegessen" habe und daß das Grundnahrungsmittel Reis für viele nahezu unerschwinglich geworden sei.⁴⁾ In den letzten Wochen verließen täglich zwischen 200 und 300 'wohlhabende Familien' die Hauptstadt, während die Behörden Lon Nols für arme Familien die Ausgabe von Ausreisevisa verweigern.⁵⁾ Die Inflationsentwicklung, Warenhortung und Korruption nahmen inzwischen derartige Ausmaße an, daß die or-

ganisierte Plünderung von Warenhäusern und öffentlichen Märkten zu einer Dauererscheinung wurde. Zugleich erhöhten sich die Verluste der Söldnerarmee auf monatlich rund 10.000 Gefangene, Verwundete und Tote.⁶⁾ Ebenso rapide stieg die Zahl der Deserteure, die z.T. in Bataillonsstärke, mit ihren amerikanischen Waffen und ihrer Munition, zu den Volksbefreiungstreitkräften überlaufen. In großem Stil greift das Lon Nol-Regime heute daher auf die Zwangsrekrutierung von Frauen und Kindern zurück.

Verfälschungen in der bürgerlichen Presse

Von bürgerlichen Berichterstattern werden angesichts der 'entmutigenden' Situation verstärkt Spekulationen und gezielte Falschmeldungen lanciert:

● So liebäugelte die Süddeutsche Zeitung auf einmal mit dem Gedanken an eine Lösung der kambodschanischen Probleme am Verhandlungstisch. Den Chef der Marionettenverwaltung präsentierte sie dabei als Friedensboten: "Lon Nol hatte...einen besonderen Beauftragten für Friedensgespräche ernannt." 7)

● So bemühte sich der Spiegel durch ein willkürliches Auseinanderdividieren der verschiedenen Bündniskräfte innerhalb der FUNK den Eindruck zu erwecken: "Es sind vor allem die Kommunisten, die...das Lon Nol-Regime gewaltlos beseitigen wollen." 8) Gleichzeitig behauptete der Spiegel, die Befreiungskräfte seien ferngesteuerte Figuren im "Schachspiel" der "Großmächte". 9)

● So versuchte das Zweite Deutsche Fernsehen am 11./12. Februar 1974 durch eine aufgebauschte Berichterstattung über einen Großbrand in Phnom Penh, ein Bild vom kommunistischen Bürgerschreck zu zeichnen. Über die wahren Kriegsursachen, die soziale Krisensituation etc. wurde kein Wort verloren. Tatsächlich handelte es sich in diesem konkreten Fall darum, daß die FAPLNG bei einem Artillerieangriff offenkundig ihr militärisches Ziel verfehlte und daß infolge eines starken Windes rund hundert Wohnhütten in Brand gerieten. Auch erwähnte das ZDF mit keinem Wort, daß die FUNK - im Gegensatz zum Lon Nol-Regime - die Zivilbevölkerung bei bevorstehenden Angriffen durch Verteilen von Flugblättern vorzuwarnen pflegt und daß die Volksbefreiungstreitkräfte aus Rücksicht auf zu hohe Opfer unter der Zivilbevölkerung bislang nicht alle militärischen Mittel einsetzten, um Phnom Penh im Sturm zu erobern.

Bürgerkrieg oder US-Aggression?

Vor allem aber schweigen sich die bürgerlichen Propagandisten darüber aus, daß die wahre Ursache des Kriegszustandes in Kambodscha allein in der Aggressionspolitik der USA zu suchen ist, d.h. konkret, in dem CIA-Putsch von 1970 und der anschließenden militärischen Invasion der USA von 1971. Demgegenüber soll der Eindruck genährt werden, in Kambodscha handele es sich um einen höchst internen Bürgerkrieg. Tatsache aber ist: Die USA brachten auch nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens vom Januar 1973 (s.w.u.) tausende von Militärberatern nach Kambodscha,



Das US-Marionettenregime in Phnom Penh schreckt nicht davor zurück, Tausende von Kindern zu zwangsrekrutieren.

"um die Führung der Marionettenarmee Lon Nols selbst in die Hand zu nehmen. D. Doolin, Berater im Verteidigungsministerium der USA, bestätigte, daß alle Aktivitäten der USA in Kambodscha, einschließlich der militärischen, vom amerikanischen Botschafter geleitet werden." 10)

Auch nach dem erzwungenen Bombardierungsstop der USA vom 18.8.1973 verblieben die US-Militärberater im Land, wurden die US-Waffenlieferungen von monatlich ca. 3 000 t an Bomben, Artilleriegeschützen, Panzern etc. fortgesetzt und bewilligte der US-Kongreß für 1974 eine zusätzliche Militärhilfe für Lon Nol in Höhe von 350 Mio. Dollar. 11)

In einer Botschaft an Lon Nol verkündete US-Präsident Nixon Ende Januar 1974,

"die Fortdauer des Krieges sei 'auf die verunftwidrige Unnachgiebigkeit der Nordvietnamesen und ihrer kommunistischen Partisanen zurückzuführen'. Die USA würden der Regierung Lon Nol 'jede mögliche Hilfe bei dem heldenhaften Verteidigungskampf' zukommen lassen." 12)

Nixons provokatorische Aussage liefert einen Beweis mehr, daß das Marionetten-Regime in Phnom Penh ohne das fortgesetzte militärische Engagement der USA keinen Tag länger existenzfähig ist. Sie zeigt zugleich an, daß Washington nach wie vor die Wiederaufnahme des US-Bombenterrors nicht nur in Kambodscha, sondern in ganz Indochina in Betracht zieht.

Warum keine Verhandlungen?

Zur Beantwortung dieser Frage ist es unerlässlich, sowohl den Entwicklungsstand in ganz Indochina als auch die unterschiedlichen Bedingungen in Vietnam und Kambodscha zu berücksichtigen. Das Pariser Vietnam-Abkommen vom

27.1.1973 hat auch für die Völker von Laos und Kambodscha weitreichende Bedeutung. Im Artikel 20 gingen die USA die völkerrechtliche Verpflichtung ein,

"alle militärischen Handlungen in Kambodscha und Laos ein(zu)stellen, ihre Truppen, ihre militärischen Berater und ihr Militärpersonal, ihre Waffen, Munition und ihr Kriegsmaterial aus diesen Ländern ab(zu)ziehen und sie nicht erneut dorthin (zu) bringen." 13)

Die USA hielten sich nicht an diese Verpflichtung. Vielmehr verschärften sie mit barbarischen Flächenbombardements ihre Aggressionspolitik gegen das kambodschanische Volk.



Im Mai 1971 fielen US-Truppen in Kambodscha ein. Foto: Gefesselte Bäuerinnen von Chipou vor ihrem ersten 'Verhör'.

Indessen brachte auch diese Kriegseskalation den USA nicht den erhofften Erfolg. Im Sommer 1973 mußten sie ihre Bombardements einstellen. Auch in Washington konnte man sich nicht länger der Einsicht verschließen, daß das Marionetten-Regime Lon Nol auf Dauer nicht zu halten sein wird. So kam es, daß die US-Regierung mit sog. Verhandlungsangeboten an S.N. Sihanouk herantrat, der dieses Ansinnen jedoch zurückwies. Die patriotischen Kräfte Kambodschas weisen zurecht auf die unzweideutigen Bestimmungen im Pariser Abkommen sowie darauf hin, daß das rechtmäßige Staatsoberhaupt Samdech N. Sihanouk die durch einen CIA-Putsch eingesetzte Lon Nol-Clique bereits 1970 für abgesetzt erklärt hat und von daher das Marionettenregime, das nur sich selbst vertritt, kein Verhandlungspartner sein kann. Der Repräsentant der FUNK und GRUNK, In Sokan, verwies in Paris ferner darauf, daß es - im Unterschied zur Situation in Südvietnam - in Kambodscha keine "Dritte politische Kraft" gebe

und daß die FUNK alle patriotischen Kräfte und Volksschichten in sich vereint. In Sokan weiter:

"Wir verlangen von den Amerikanern keine Niederlage. Wir führen Krieg gegen sie, weil sie in unserem Land sind. Wir sind nicht in den USA, um sie dort anzugreifen. Wenn sie abziehen und ihre Intervention sowie Einmischung einstellen, ist das Problem gelöst." 14)

Rolle und politische Position Sihanouks

Die bürgerliche Presse legt gegenwärtig großen Wert darauf, angeblich unüberbrückbare Gegensätze zwischen sog. 'Sihanoukisten' (Der Spiegel) und 'Kommunisten' innerhalb der FUNK zu konstruieren. Sie spekuliert dabei sowohl auf Sihanouks Differenzen mit der Sowjetunion als auch auf seine von starkem Antikommunismus befangene Vergangenheit. Nichts anderes versuchen die ultralinken Kräfte, wenn sie den Prinzen Sihanouk als 'großen Revolutionär' präsentieren, um ihn so vor den Karren ihrer antisowjetischen Politik zu spannen.

Festzuhalten ist: S.N.Sihanouk hat nicht immer eine fortschrittliche Haltung eingenommen. Auf seine Anordnung hin saßen vor 1970 eine Reihe der heutigen Repräsentanten der GRUNK und Führer der FUNK im Gefängnis. Andere fortschrittliche Kräfte wurden in die Illegalität oder ins Exil gezwungen. Er billigte damals die blutige Niederschlagung von Bauernunruhen ebenso wie die Verfolgung von Kommunisten und Sozialisten. Prinz Sihanouk selbst holte 1966 die Reaktionäre Lon Nol und Sirik Matak als Minister in seine Regierung. Nach Lon Nols illegaler Machtergreifung mit Hilfe des CIA (1970) allerdings wurde Sihanouk als Staatsoberhaupt der 'Königlichen Regierung der Nationalen Einheit' (GRUNK) und als Präsident der Nationalen Einheitsfront (FUNK) zu einer wichtigen, einigenden Kraft bei der Herstellung eines breiten Bündnisses aller patriotischen Kräfte Kambodschas. Sihanouk bekannte sich zur gleichberechtigten Zusammenarbeit auch mit Kommunisten und Sozialisten. Daran hält er - wenn auch nicht ohne Schwankungen - nach wie vor fest. Den Anspruch aber, ein revolutionärer Marxist zu sein, erhebt Sihanouk selbst keineswegs:

"Ein neuer Sihanouk? Ja, vielleicht, insofern als ich meine Irrtümer abmessen konnte, als ich mich der Selbstkritik unterwerfe und Kritik anhöre, als ich jetzt weiß, daß ich nicht wieder in gewisse Fehler verfallen werde, als ich mich bemühe, ein echter Demokrat zu werden..." 15)

Zweifellos ist Sihanouks Grundhaltung gegenüber den US-Aggressoren eine antiimperialistische und patriotische. Gerade deshalb ist es völlig unangebracht, Sihanouks Person heute als Instrument zur Spaltung der patriotischen

Kräfte Kambodschas sowie der internationalen Solidaritätsbewegung mißbrauchen zu wollen. Andererseits muß aber auch eine Überstrapazierung seiner persönlichen Rolle als falsch zurückgewiesen werden, da so der Eindruck entsteht bzw. sich verfestigt, die kambodschanische Befreiungsbewegung sei mit Sihanouk identisch und ohne ihn führungslos.

Sihanouk nimmt heute die repräsentativen Funktionen als Staatsoberhaupt und als Präsident der FUNK wahr. Er tut dies - im Gegensatz zu den Ministern der GRUNK und den Leitungen der FUNK, die in Kambodscha arbeiten - nach wie vor von seinem Pekinger Exil aus. Gegenwärtig allerdings Spekulationen anzustellen, ob Sihanouk seine offizielle Ankündigung auch tatsächlich künftig wahr machen wird, er wolle nach dem endgültigen Sieg auf alle politischen Funktionen verzichten, ist mehr als müßig. Darüber kann und wird zu gegebener Zeit alleine das kambodschanische Volk unter Führung der FUNK entscheiden.

Wen unterstützt die Sowjetunion?

Maosten und Trotzlisten werden nicht müde, der Sowjetunion zu unterstellen, sie unterstütze das US-Marionetten-Regime Lon Nol "nicht nur politisch, sondern auch materiell", z.B. durch "Militärhilfe".¹⁶⁾

Tatsache aber ist, daß die UdSSR von Anfang an Sihanouk als legales Staatsoberhaupt Kambodschas anerkannt sowie die FUNK allseitig unterstützt hat. So übersandte der sowjetische Botschafter in Hanoi, I.S. Tscherbakow, dem Prinzen Sihanouk Anfang 1971 eine Erklärung, in der es u.a. hieß:

"Die sowjetische Presse hat stets die große, positive Bedeutung der Friedens- und Neutralitätspolitik Kambodschas und seines Kampfes gegen die imperialistische Aggression hervorgehoben, eines Kampfes, den Sie als Staatsoberhaupt weiterführen. (...) In Moskau haben die Regierungsinstitutionen wie die Massenorganisationen die Minister der GRUNC und die Führer der FUNK regelmäßig empfangen. (...) Ihr Vertreter in Moskau, Botschafter Chea San, steht in ständiger Verbindung mit dem Außenminister der UdSSR, mit den Regierungsinstitutionen und mit den Massenorganisationen unseres Landes." 17)

Das für Waffenbeschaffung verantwortliche Politbüromitglied der FUNK hielt sich zu entsprechenden Vereinbarungen 1971 in der Sowjetunion auf.

Tatsache ist auch, daß die sowjetische Regierung 1971 ihren Botschafter aus Phnom Penh abberief. Im Botschaftsgebäude blieben allerdings - in Absprache mit der FUNK - eine Reihe sowjetischer Techniker, Spezialisten, Nachrichten- und Funkexperten zurück, denen die Aufgabe zukam, die FUNK und die Volksbefreiungstreitkräfte zu unterstützen.

Es ist allgemein bekannt, daß von der US-Botschaft in Phnom Penh aus die Einsätze der B 52 und anderer Bomber geleitet wurden. Von daher wird nur allzu verständlich, daß die Anwesenheit sowjetischer Techniker und Experten den US-Imperialisten ein Dorn im Auge waren. Nach dem im August 1973 erzwungenen Bombardierungsstop zog die sowjetische Regierung auch das verbliebene Botschaftspersonal aus Phnom Penh ab und erklärte die Botschaft für geschlossen. Es liegt deshalb nahe, daß nicht zuletzt die großen militärischen Erfolge der kambodschanischen Befreiungskämpfer im Vorjahre eine weitere Präsenz der sowjetischen Spezialisten und Techniker nicht mehr länger erforderlich machten.

In dem bereits erwähnten Schreiben des sowjetischen Botschafters in Hanoi an Sihanouk hieß es dazu:

"Wie jedermann weiß, ist unsere Präsenz in Phnom Penh von äußerst begrenzter Art. (...) Eine kleine Zahl sowjetischer Führungskräfte befindet sich derzeit in Phnom Penh, um die Lage an Ort und Stelle zu prüfen. Ihre Anwesenheit besitzt einen gewissen Einfluß im Sinne der Ermutigung der patriotischen Kräfte im Kampf gegen die reaktionären Kräfte und die imperialistischen Interventionisten." 18)

Der gewiß nicht prosowjetische Spiegel vermerkte hierzu:

"Moskau hielt - mit Wissen der Junta - Kontakte zum Vietkong und den Roten Khmer, lenkte von Phnom Penh aus die Logistik für den Nachschub über den Ho Tsch Minh Pfad und kontrollierte die politischen Einflüsse auf die Guerillas." 19)



Soldaten der FAPLNG bekämpfen US-Bomber

Die Behauptung, die UdSSR unterstütze nicht die FUNK, sondern das Marionettenregime militärisch, mutet angesichts des gesagten und der Tatsache, daß sowjetische SAM-Raketen Lon Nols

Söldner aus ihren Stellungen vor Phnom Penh vertreiben, geradezu grotesk an.

Wen die Sowjetunion tatsächlich in Kambodscha unterstützt, faßte im Dezember 1973 der sowjetische Delegationsleiter in Paris in folgende Worte:

"Die GRUNK ist die legitime Regierung Kambodschas. Die UdSSR und weitere sozialistische Länder beteiligen sich aktiv am Kampf für ihre Wiedereinsetzung in ihre legitimen Rechte in der UNO. (...) Wir freuen uns über die enormen Erfolge der kambodschanischen Patrioten. Aber wir sind uns darüber klar, daß der Kampf noch nicht beendet ist, und, obwohl die Weltmeinung die amerikanische Führung zur Beendigung der Bombardements auf Kambodscha gezwungen hat, daß die USA ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes fortsetzen und nach wie vor das volksfeindliche Regime von Phnom Penh militärisch und wirtschaftlich unterstützen, um auf diese Weise Hindernisse auf dem Weg der völligen Befreiung des Landes zu errichten." 20)

Pariser Konferenz und die Solidaritätsbewegung in der BRD

Die kambodschanischen Repräsentanten brachten auf der Internationalen Solidaritätskonferenz in Paris unmißverständlich zum Ausdruck, daß sie das feste Bündnis mit den sozialistischen Staaten und den antiimperialistischen Kräften in den kapitalistischen Ländern als eine der Grundvoraussetzungen für den Sieg des kambodschanischen Volkes ansehen. Alle, die sich von der Konferenz eine Spaltung der internationalen Solidaritätsbewegung mit den indochinesischen Völkern erhofft hatten, erlebten eine herbe Enttäuschung. Denn dieses weltweite Forum - das von der VR China, wie schon im Sommer 1973 die Stockholmer Solidaritätskonferenz mit Kambodscha, boykottiert wurde - beschloß einstimmig, d.h. also mit der Zustimmung der Vertreter der UdSSR, der DDR und anderer sozialistischer Staaten, der Repräsentanten der indochinesischen Völker sowie zahlreicher nationaler und internationaler Organisationen, folgende vier Forderungen:

- Sofortige und völlige Beendigung der Aggressionshandlungen der USA in Kambodscha;
- Sofortiger Rückzug aller militärischen Berater und Beendigung der militärischen Hilfe für die Lon Nol-Clique;
- De jure-Anerkennung der GRUNK als einzig legitime Regierung Kambodschas und Abbruch der Beziehungen zum CIA-Regime Lon Nols durch alle Regierungen, soweit sie es nicht schon getan haben;
- Respektierung der nationalen Rechte des kambodschanischen Volkes entsprechend der 5-Punkte-Erklärung Norodom Sihanouks vom 23. März 1970 und dem politischen Programm der FUNK.

Den antiimperialistischen Kräften in der BRD stellt sich die Aufgabe, auf der Grundlage dieser Forderungen eine verstärkte Aufklärungsarbeit über den kambodschanischen Befreiungs-

kampf zu leisten und mit Aktivitäten verschiedenster Art die Bundesregierung zu zwingen, ihre Unterstützung für die US-Aggressionspolitik sowie ihre Hilfe für die US-Marionetten-Regimes in Indochina einzustellen.

Bonn muß die Beziehungen zu Lon Nol abbrechen - die GRUNK als einzig legitime Regierung Kambodschas anerkennen.

Anmerkungen:

- 1) Neue Zeit, Nr.5/1974, S. 7
- 2) Deutsche Volkszeitung (DVZ), 7.2.1974
- 3) ebenda
- 4) Der Spiegel, 25.2.1974
- 5) Horizont, Nr.7/1974
- 6) Neue Zeit, Nr.5/1974, S. 8
- 7) Süddeutsche Zeitung (SZ), 9.1.1974
- 8) Der Spiegel, 25.2.1974
- 9) ebenda
- 10) Nachrichtenagentur AP, 8.5.1973
- 11) vgl. Neues Deutschland (ND), 27.11.1973
- 12) SZ, 30.1.1974
- 13) AIB, Nr.2/1973, S. 28
- 14) AIB-Sondermaterialien zu Kambodscha, S.11
- 15) N.Sihanouk, Indochina von Peking aus gesehen, Stuttgart 1972, S. 108/109
- 16) Flugblatt der KSG, Marburg, 9.7.1973 und Zeitung der Vietnam-Ausschüsse, 1972; vgl. auch Zeitung des Nationalen Vietnam Komitees, September 1973, November 1973
- 17) N.Sihanouk, a.a.O., Dokumententeil, S. 164 f.
- 18) ebenda, S. 165
- 19) Der Spiegel, 3.12.1973
- 20) Rote Blätter, Nr. 16, Februar 1974

ANZEIGE :

Forum E ist eine aktuelle Zeitschrift für Theorie und Praxis transnationaler Politik!

Die westeuropäische Integration ist bereits weit fortgeschritten und hat eine eigene Dynamik entwickelt. Die Widersprüche und Fehlentwicklungen dieser Integration werden immer deutlicher:

Kapitalkonzentration, Multinationale Konzerne, verarmte Regionen, Industrielle Reservearmeen, Neokolonialismus in der dritten Welt, Wirtschafts- und Währungskrisen, schleichende Entdemokratisierung usw.

Die politische Arbeit progressiver Gruppen muß sich daher zunehmend auf transnationaler Ebene organisieren. FORUM E versucht, hierfür die

notwendigen Informationen, Aktionsberichte, Organisationsmodelle und Strategieansätze

zu liefern. Um ein gutes europäisches Informations- und Kommunikationsnetz aufbauen zu können, brauchen wir Ihre Mithilfe, z.B. durch ein Abonnement. (Jahresabonnement DM 7,20 / ca. 10 Ausgaben)

Forum E, 53 Bonn 1, Markt 4

Brasilien

Luis Carlos Prestes, der Verfasser dieser Analyse, hat als Führer des brasilianischen Freiheitskampfes in aller Welt Berühmtheit erlangt. Als Berufsoffizier schloß er sich bereits in den zwanziger Jahren den bewaffneten Kämpfen der 'Tentisten' - einer demokratischen Bewegung in der brasilianischen Armee - gegen die Diktatur A. Bernandes an. 1926/27 leitete er als Armeehauptmann einen Volksaufstand an, den legendären "Marsch der Kolonne Prestes". 1934 trat Carlos Prestes der Brasilianischen Kommunistischen Partei (BKP) bei, und wurde 1935 in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gewählt. Im gleichen Jahr verurteilte ihn die brasilianische Varga-Diktatur aufgrund seiner maßgeblichen Rolle während eines erneuten Volksaufstandes zu 40 Jahren Zuchthaus. 1943 wurde der eingekerkerte C. Prestes zum Generalsekretär des ZK der illegalen BKP gewählt. Infolge eines enormen Aufschwungs der Massenkämpfe wurde Prestes - vom Volk "Ritter der Hoffnung" genannt - 1945 aus der Haft entlassen, 1946 zum Senator gewählt. Doch schon 1947 begann für Prestes und die BKP eine neue Periode der Illegalität. Dennoch ist die KP heute die einzige im Landesmaßstab organisierte Partei Brasiliens, die nach wie vor von dem nunmehr 75 jährigen Carlos Prestes angeführt wird. Der in diesem Heft wiedergegebene 1. Teil seiner Analyse skizziert zunächst die Interventionspolitik des US-Imperialismus in Brasilien in den letzten Jahrzehnten; sodann beschreibt Prestes die völlige Öffnung des Landes für das Auslandskapital nach dem Militärputsch von 1964. Er zeigt auf, daß die Militärjunta als willfähiges Instrument der USA, als antinationales, mit den imperialistischen Monopolen paktierendes Regime fungiert. Den 1. Teil seiner Analyse schließt Prestes mit der Darstellung der völligen Entrechtung des arbeitenden Volkes sowie der Charakterisierung des gegenwärtigen Herrschaftsystems in Brasilien.

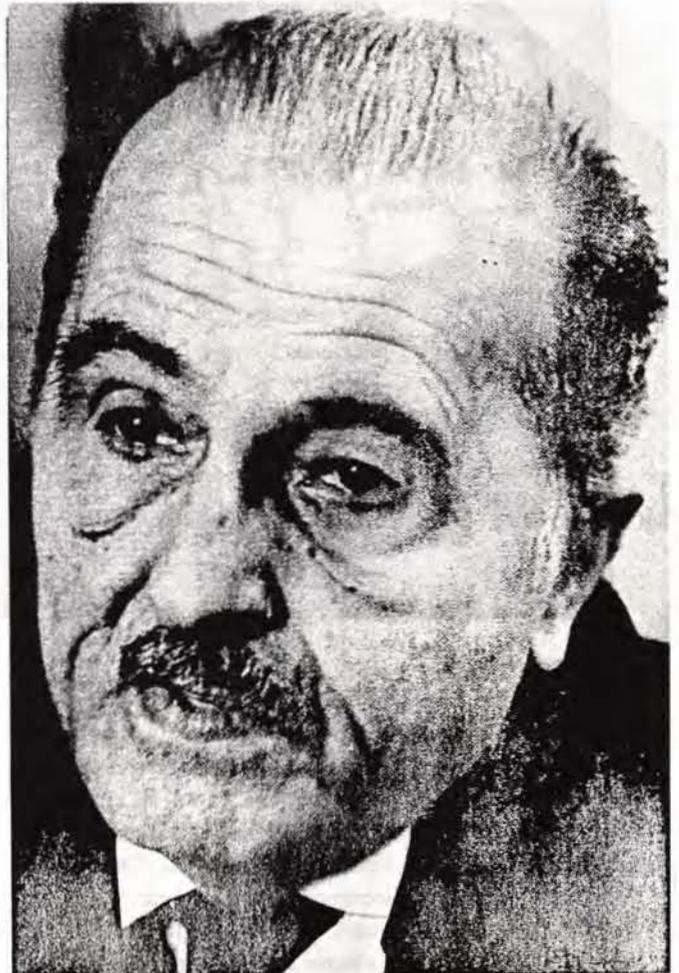
Luis Carlos Prestes

Errichtung des Faschismus und Bedrohung des Kontinents (TEIL 1)

Wie die jüngsten Ereignisse in Uruguay, Chile und einigen anderen Ländern Lateinamerikas beweisen, versuchen der nordamerikanische Imperialismus und die von ihm unterstützten konterrevolutionären Kräfte, zum Gegenangriff überzugehen. Nicht gering ist die Rolle, die bei der Verwirklichung der Pläne der Reaktion Brasilien zugewiesen wird. Die in unserem Lande herrschende faschistische Militärdiktatur ist eine potentielle Bedrohung der demokratischen, fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte, ein Bollwerk der ultrarechten Kreise, ein Herd der militärisch-politischen Aggression auf dem Kontinent.

Brasilien-Politik der USA vor 1964

Die Washingtoner Regierung begreift, wie wichtig es ist, daß das größte Land Lateinamerikas mit einer beträchtlichen Bevölkerung, mit riesigen Naturschätzen und Möglichkeiten für eine schnelle industrielle Entwicklung in ihrem Einflußbereich verbleibt. Im Dezember 1971 sagte Nixon vor Journalisten, daß die 100-Millionen-Bevölkerung Brasiliens bis zum Jahre 2000 auf 160 Millionen anwachsen werde. Das riesige Land, das in seinen Ausmaßen einem ganzen Kontinent gleicht, dürfe sich keine Fehler leisten, denn sonst mache sie ganz Südamerika.¹⁾



Luis Carlos Prestes

Brasilien ist "für die Sicherheit der Vereinigten Staaten unentbehrlich" infolge seiner geographischen Lage (es liegt im Südatlantik, und seine langgestreckte Küste ist dem afrikanischen Kontinent relativ nahe). Dieses Argument führte seinerzeit der Botschafter der USA in Brasilien, William Rountree, an, als er im Senat der Vereinigten Staaten dafür eintrat, daß der brasilianischen Diktatur "Hilfe" in Höhe von 2 Md. Dollar gewährt werde.

In der Geschichte der Versuche des Imperialismus der USA, seine Herrschaft in unserem Lande zu errichten und zu erhalten, gibt es eine Reihe von Episoden, die unseren Lesern in Erinnerung gebracht werden sollten, denn sie erklären in vielem das Wesen der Ereignisse, die heute in einigen anderen Ländern vor sich gehen. Schon im Jahre 1930 machten sich Wall-Street-Bankiers zunutze, daß die Weltwirtschaftskrise die traditionelle Vorherrschaft des englischen Imperialismus in Brasilien untergraben hatte, und erwiesen der Bewegung, die zum Machtantritt des Diktators Getulio Vargas' führte, finanzielle Unterstützung.²⁾



Aber noch klarer trat die "Besorgnis" der Washingtoner Regierung über die politische Lage in Brasilien nach der Zerschlagung des Faschismus im Jahre 1945 zutage. Die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands fand in unserem Lande einen breiten Widerhall. Eine machtvolle Massenbewegung setzte dem "neuen Staat" Getulio Vargas' ein Ende, indem sie ihn zwang, die Gefängnistore zu öffnen und Wahlen zur konstituierenden Versammlung durchzuführen.

ren. Die Brasilianische Kommunistische Partei erlangte die Legalität und wurde offiziell als die politische Partei der Arbeiterklasse anerkannt. Sie wurde schnell zu einer Massenpartei und eroberte feste Positionen in den industriellen Hauptzentren des Landes. Die Regierung stellte diplomatische Beziehungen mit der UdSSR her. Um diese mächtige demokratische, antiimperialistische Bewegung des Volkes aufzuhalten, wurde eine Reihe von Militärputschen verübt, häufig unter direkter Beteiligung diplomatischer Vertreter der Washingtoner Regierung sowie Agenten des FBI, der CIA und anderer Institutionen der USA.³⁾

CIA-Hilfe beim Militärputsch

Im April 1964 kam es unter den Bedingungen einer vertieften Strukturkrise und Stagnation der Produktion, der zunehmenden Arbeitslosigkeit in der Industrie und der Geldentwertung (um mehr als 80 Prozent im Jahr) zu einem Militärputsch, der zum Sturz João Goularts führte. Ein neues Regime herrschte im Lande. Der Putsch von 1964 wurde, ebenso wie die ihm vorangegangenen Putsche, mit offener Unterstützung durch die Monopole und die Botschaft der Vereinigten Staaten (des Botschafters Lincoln Gordon und des Militärattachés Oberst Walter Vernon) vollzogen.

Die Zeitung "Estado de São Paulo" schrieb, daß sich der Unterstaatssekretär der USA für interamerikanische Angelegenheiten, Thomas Mann, folgendermaßen über die Ziele der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Brasiliens geäußert hat: "Als ich im Januar 1964 die Amtsgeschäfte übernahm, waren wir überzeugt, daß der Kommunismus eine beschleunigte Erosion der Regierung des Präsidenten Goulart bewirkt. In unserer Politik waren wir bestrebt, den Regierungen einiger Staaten Brasiliens Hilfe zu erweisen. Wir stellten keine Mittel bereit, um die Zahlungsbilanz oder das Budget zu stützen, und ergriffen keinerlei Maßnahmen, die der zentralen Regierung Brasiliens unmittelbar helfen konnten... Jetzt, nach der Absetzung des Herrn Goulart, wären wir, falls die brasilianische Regierung ein uns wünschenswertes Entwicklungsprogramm durchführen würde... gewillt, die Frage der Bereitstellung weitaus größerer Fonds zu prüfen."

Hier haben wir das Eingeständnis der Tatsache des ökonomischen Drucks auf die Bundesregierung und der ungenierten Hilfe für "Regierungen einiger Staaten", d.h. für Carlos Lacerda (Staat Guanabara) und Ademar de Barros (Staat São Paulo), die aktiv an der Vorbereitung des Putsches beteiligt waren. Ein anderes entlarvendes Dokument ist der erst jetzt ver-

öffentliche Brief des kürzlich verstorbenen FBI-Direktors Edgar Hoover. Er ist fünfzehn Tage nach dem Putsch an einen gewissen Brady, einen Leiter der CIA in Brasilien, gerichtet worden. Der Briefschreiber spricht seinen "persönlichen Dank jedem der Agenten in Brasilien für die Dienste aus, die sie bei der Durchführung der Operation - des Staatsstreiches - erwiesen haben".

Ausverkauf Brasiliens

Seit April 1964 stehen in Brasilien direkt oder indirekt mit dem USA-Imperialismus liierte Latifundisten und Großkapitalisten an der Macht, geführt von den reaktionären Kreisen des Monopolkapitals und geleitet von einer Gruppe extrem rechter Generale und Admirale, die mit dem Pentagon eng verbunden sind. Das sind die Anhänger der sogenannten Politik der nationalen Sicherheit. Gestützt auf die "geopolitische Wissenschaft", treten sie für die absolute Hegemonie der USA als notwendige Bedingung für die Verteidigung Brasiliens gegen eine "Aggression des internationalen Kommunismus" ein.

Die Diktatur ging an die sofortige Verwirklichung der neokolonialistischen Richtlinien der Washingtoner Regierung, deren Hauptziel darin bestand, Brasiliens Verbleiben im kapitalistischen System zu sichern und alle Möglichkeiten eines Erfolgs und der fortschrittlichen Kräfte im Lande gewaltsam zu unterbinden. Der Schlag wurde in erster Linie gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung gerichtet. Der Antikommunismus diente als die ideologische Hauptwaffe. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Inflation wurden Maßnahmen ergriffen, die vom Internationalen Währungsfonds diktiert und darauf gerichtet waren, die Real-löhne der Werktätigen wie auch die Kredite für die nationale Bourgeoisie rigoros zu kürzen; diese wurde gezwungen, sich den ausländischen, vor allem nordamerikanischen, Finanzgruppen unterzuordnen, auf ihre Angebote für Fusion oder Kauf brasilianischer Unternehmen einzugehen.

Neben den Maßnahmen ökonomischen Charakters war die Regierung bestrebt, die Hauptforderungen des nordamerikanischen Imperialismus nach Schaffung einer festen, "gesetzlichen" Basis seiner Herrschaft in Brasilien zu befriedigen. Zu den ernstesten Zugeständnissen an die imperialistischen Monopole gehörte die Aufhebung des in den letzten Monaten der Regierung Goulart angenommenen Gesetzes, das das Abfließen der Profite einschränkte. 1965 wurde eine Vereinbarung über Garantien für Kapitalinvestitionen unterzeichnet. Die nordamerika-



nischen Investoren in Brasilien brauchten keine Expropriation mehr zu fürchten. Die Diktatur, die sich des verräterischen Charakters dieser Maßnahmen bewußt war, führte folgende Argumente an: Für die Entwicklung seien höchst komplizierte Technik und intensive Kapitalinvestitionen erforderlich, doch ohne große Märkte und beträchtliche Valutareerven sei es schwierig, einen privaten Investor zu interessieren, wenn besondere Anreize von der Art des genannten Systems von Sicherungsmaßnahmen fehlen.⁴⁾ In solchen Erklärungen widerspiegelt sich die proimperialistische Orientierung des Regimes, das zum Schaden der nationalen Interessen, der nationalen Industrie handelt. Die Diktatur ist bemüht, sie ganz und gar den großen internationalen Finanzgruppierungen unterzuordnen.

Soziale und politische Entrechtung

Gleichzeitig wurden die überaus wichtigen demokratischen Errungenschaften, die in der Verfassung von 1946 verankert worden waren, aufgehoben: das Recht auf Versammlung, Vereinigung und freie Meinungsäußerung. Die mit dem Imperialismus nicht liierte Bourgeoisie wurde im Staatsapparat in den Hintergrund gedrängt und der Möglichkeit beraubt, die von den Behörden gefaßten Beschlüsse zu beeinflussen. In einer Atmosphäre des Polizeiterrors leidet die Arbeiterklasse nicht nur unter der Kürzung der Löhne (Ende 1967 waren die Reallöhne um 40 Prozent niedriger als vor dem Militärputsch),

sondern ist auch vieler sozialer Errungenschaften beraubt worden. Die Reglementierung der Konflikte zwischen Arbeit und Kapital hat praktisch zur Aufhebung des Streikrechts geführt. Die Gewerkschaftsbewegung ist in völlige Abhängigkeit vom Arbeitsministerium geraten. Die Gesetzgebung über die Sozialversicherung wurde abgeändert, und die Arbeiter wurden von der Teilnahme an ihren Organen ausgeschlossen.

Die Diktatur beeilte sich, einer weiteren alten Forderung der nordamerikanischen Monopole nachzukommen: Diese erklärten nämlich, daß sie ihre Kapitalinvestitionen nicht erhöhen können, bevor die Gesetzgebung, die dem Proletariat das Recht auf ständige Arbeit sichert, abgeändert wird. Praktisch war sie bereits durch das Gesetz über den Fonds garantierter Unterstützungen je nach Arbeitsjahren aufgehoben worden; dieses Gesetz gestattete dem Unternehmer, jeden Arbeiter, unabhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit, nach eigenem Ermessen zu entlassen. Die unsichere Beschäftigung verschlechtert ernstlich die Lage des Proletariats, desorganisiert die Arbeiterklasse, die ganze Gewerkschaftsbewegung.

Die Diktatur jagte aus den Streitkräften mehr als 5000 Offiziere und Unteroffiziere, entzog etwa 2000 der bekanntesten fortschrittlichen Persönlichkeiten und Gewerkschaftsfunktionäre auf zehn Jahre die politischen Rechte. Im Oktober 1965 suspendierte sie durch den sogenannten Institutionellen Akt Nr. 2 den Nationalkongreß und löste die politischen Parteien auf. Gleichzeitig wurden zwei Gruppierungen organisiert: die Nationale Neue Allianz (Aliança Renovadora Nacional - ARENA) - aus Politikern, die die Diktatur unterstützen, und die Demokratische Bewegung Brasiliens (Movimento Democrático Brasileiro - MDB) - eine Art zugelassener Opposition. Jedoch darf man die beiden Organisationen nicht als politische Parteien in vollem Sinne des Wortes betrachten. Sie sind schwach, weil sie die Rolle von Nachbetern der Diktatur spielen. Bemerkenswert sei, daß die jetzige Gesetzgebung die Gründung neuer Parteien praktisch verbietet: So viele Vorbehalte gibt es in bezug auf Organisation und Anerkennung politischer Vereinigungen.

Charakter der Militärdiktatur

Der Prozeß der Faschisierung des Landes wurde durch die Annahme des sogenannten Institutionellen Aktes Nr. 5 (Dezember 1968) beschleunigt.⁵⁾ Und Mitte 1972, als eine neue Welle von Repressalien durch das Land ging, trat der faschistische Charakter des Regimes endgültig zutage.

Der jetzige Diktator Emilo Garrastazú Médici versucht, die terroristische Diktatur der reaktionären Kreise des Monopolkapitals nahezu als Verteidigerin der "Lebensinteressen der Menschen", "die sich ganz und gar der Sorge um die allgemeinen Interessen, d.h. die Interessen aller Bürger und jedes einzelnen, geweiht hat"⁶⁾, darzustellen. Das ist nichts anderes, unterstreichen die brasilianischen Kommunisten, als eine Theoretisierung des korporativen Staates.⁷⁾

Mit der Errichtung des faschistischen Regimes tritt mit besonderer Kraft der charakteristischste Zug der Diktatur - der Antikommunismus - zutage. Die Repressalien gegen die Arbeiterbewegung und deren politische Avantgarde - die Kommunistische Partei - verstärken sich.⁸⁾ Nach Erklärungen der reaktionärsten Regierungskreise ist die Brasilianische Kommunistische Partei die größte Gefahr für das Regime. Das sei die "von außen" drohende Gefahr der Errichtung der "Herrschaft der kommunistischen Weltbewegung" oder gar... der Sowjetunion in Brasilien.

Anmerkungen:

- 1) "Estado de São Paulo", 9. Dezember 1971.
- 2) Ausführlicher siehe L.C.Prestes. Eine Wahl, vor 50 Jahren getroffen, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (PFS), Prag, Heft 1/1973.
- 3) Im Oktober 1945 wurde Getulio Vargas, der Washington nicht mehr paßte, gestürzt. Initiator des Umsturzes war der Botschafter der USA in Rio de Janeiro, Adolf Berle. Im Jahre 1951 kehrte Vargas durch Wahlen an die Macht zurück, beging aber 1954, von Monopolen erpreßt und unter Druck gesetzt, Selbstmord. Aber auch dieses Mal gelang es den Generalen nicht, der Volksbewegung den Weg zu versperren. Im nächsten Jahr wurde Juscelino Kubitschek zum Präsidenten der Republik gewählt (seine Kandidatur unterstützten auch die Kommunisten). Der Versuch mit Yankee-Monopolen liierterer Putschisten, Kubitschek an der Übernahme der Amtsgeschäfte des Präsidenten zu hindern, scheiterte. Im August 1961 wurde ein weiterer Militärputsch versucht (der Form nach war das der Verzicht Janio Quadros auf den Präsidentenposten). Mit breiter Unterstützung des Volkes übernahm der Vizepräsident Joao Goulart das Amt des Präsidenten und blieb bis 1964 an der Macht.
- 4) Vgl. Bericht des Außenministeriums. "Revista de Política Internacional". Brasilien, Hefte 33 und 34/1966.
- 5) Vgl. L.C.Prestes. Der revolutionäre Kampf der brasilianischen Kommunisten, PFS, Heft 2/1972.
- 6) "Voz Operaria", Brasilien, September 1972.
- 7) Ebenda.
- 8) Ebenda.

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 11, Prag, 1973, S. 1493-1496)

Chile

Eduardo Labarca, der Verfasser dieses Artikels, ist ein bekannter chilenischer Journalist und Autor mehrerer Bücher wie z.B. "Chile in Rot", "Die Invasion Chiles" und sein neuestes Werk "27 Stunden mit Corvalan".

Nach dem Putsch am 11. September 1973 mußte E. Labarca in der Botschaft Kolumbiens Asyl suchen. Ende Januar 1974 ging er nach Paris ins Exil. Der vorliegende Artikel ist seine erste Veröffentlichung nach der Ausreise aus Chile.

E. Labarca konzentriert sich hier auf die Einschätzung der konkreten Lage im heutigen Chile, auf die Strategie des Putschistenregimes, die Entwicklung des Volkswiderstandes, die ökonomisch-politische Krisensituation und auf unterschiedliche Positionen in der Armee.

Eduardo Labarca

Das Volk gegen die Junta

Die Junta hält sich nun schon seit mehr als fünf Monaten an der Macht. Jetzt kann man einige Besonderheiten des Putsches vom 11. September vermerken, die früher nicht ganz klar waren, sowie die Grundrichtungen der volksfeindlichen Politik der Junta und die Reaktion der Chilenen auf das faschistische Regieren der Gorillas. (...)

In den Morgenstunden des 11. September wurde offensichtlich, daß gegen die Regierung alle drei Waffengattungen der chilenischen Streitkräfte - Heer, Flotte und Luftwaffe - sowie das Carabinieri-Korps auftraten. In dieser Situation hatten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten keine Erfolgchancen, wenn sie sich zu offenen Aktionen gegen die mächtige Militärmaschine entschlossen hätten. Dies

berücksichtigend, wiesen die Führer der Unidad Popular die linken Kräfte an, sich unter Kämpfen zurückzuziehen, in die Illegalität zu gehen. Dazu rief auch Präsident Allende aus La Moneda im Rundfunk auf.

So konnte ein Bürgerkrieg vermieden werden, wie er von den Faschisten geplant worden war.

Einige Stunden nach der Ermordung Salvador Allendes verhängte die Junta den Ausnahmezustand, als habe die chilenische Armee ein fremdes, feindliches Land okkupiert. Diese Lage, die noch heute andauert (vor kurzem erklärte General Pinochet, sie werde "in absehbarer Zukunft" nicht aufhören), geht mit Massenmorden, Folterungen, Razzien und Durchsuchungen, der Reprivatisierung von Betrieben, Massenentlassungen - mit Gewalt und Willkür



Der Junta-Terror in Chile hält weiter an

einher, wie sie in Chile bisher unbekannt waren. Erschießungen ohne ordentliches Gerichtsverfahren oder "auf der Flucht" sowie die Polizeistunde sind Tatbestände dieses Zustands des "internen Krieges" geworden, mit dessen Hilfe die Faschisten den Freiheitsgeist des Volkes brechen wollen. Nie zuvor in der Geschichte der Republik waren der Arbeiterklasse und den anderen revolutionären Kräften des Landes so brutale Schläge versetzt worden. Zehntausende Revolutionäre sind gefallen, der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalán, und andere Patrioten befinden sich in Konzentrationslagern. Dennoch ist die Widerstandsbe-
 wegung in unserem Lande heute eine Tatsache.



KZ-Insel Dawson: politische Gefangene beim Bau von Holzbaracken.

Umgruppierung der Linken

Ogleich die Putschisten den Bürgerkrieg durch einen "internen Krieg" zu ersetzen suchten, ist es ihnen mißlungen, den "Gegner" physisch zu vernichten. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß in Chile, anders als in anderen Ländern, die die Tragödie des Faschismus durchmachten, schon gleich nach dem Putsch zunächst scheue, dann aber immer merklichere Äußerungen des Widerstands deutlich wurden.

Nach dem 11. September gingen die linken Parteien und Organisationen daran, ihre Kräfte umzugruppieren. Die Führung der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei, der anderen Parteien und Organisationen der Unidad Popular sowie der Linken Revolutionären Bewegung (MIR), die der Koalition nicht angehört hatte, schufen sehr bald die Grundlage zur

Koordinierung gemeinsamer Aktionen. Beträchtliche Schichten von Gläubigen und sogar Geistliche, viele Aktivisten und Führer der Christlich-Demokratischen Partei bekannten schon in den ersten Wochen nach dem Putsch ihre negative Einstellung zur faschistischen Politik. Die Wirtschaftspolitik der Diktatur liefert aber die objektive Basis für eine breite antifaschistische Massenbewegung, deren Teilnehmer Einheit anstreben.

Achillesferse der Generale

Angesichts dieses unaufhaltsamen Einheitsstrebens wird immer unverkennbarer, daß die Junta keine Stütze an einem bewährten und ausgedehnten Apparat hat. Obwohl die Nationalpartei (die Partei der chilenischen Oligarchie) und die rechte Führung der Demochristen unter Eduardo Frei aus Leibeskräften den Putsch gefördert hatten und die Putschisten später voll auf unterstützten, hat die Junta auch diese Parteien verboten, weil sie sogar ihnen mißtraut. Somit gibt es zur Zeit in Chile keine einzige Organisation, die man als ausgesprochene "Partei der Junta" bezeichnen könnte. Sobald die ans Ruder gelangten Generale versuchten, durch Demagogie auch nur teilweise Rückhalt in der Bevölkerung zu finden, wurden sie bitter enttäuscht. Ogleich die Generale Pinochet, Leigh, Mendoza und Bonilla sowie Admiral Merino wiederholt Armenviertel und Dörfer aufsuchten, schlugen ihnen dort Leere und eisige Kälte entgegen.

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist das völlige Versagen der Junta bei dem Versuch, im Nationalstadion von Santiago eine antikommunistische Show aufzuziehen, als die Sowjetunion in bezug auf das WM-Fußballtreffen in internationalistischer Festigkeit verharrete. An dem Tag, an dem das Spiel stattfinden sollte, veranstaltete die Junta ein Treffen zwischen der chilenischen Auswahl und dem brasilianischen Landesmeister Santos. Vertreter der Junta verteilten in Arbeitervierteln und Schulen Zehntausende Eintrittskarten gratis. Es wurden Bus-Sonderfahrten zum Stadion organisiert. Der Beginn der Polizeistunde wurde extra verschoben, damit die Zuschauer heimkehren konnten, auf dem Rasen des Stadions spielte eine Militärkapelle: So wurde das Publikum empfangen, nach dessen Ankunft laut Szenarium sämtliche Mitglieder der Junta auf der Regierungstribüne erscheinen sollten.

Aber selbst im Fernsehen sah man, daß die Tribünen zu drei Vierteln leer waren. Im letzten Augenblick blieben die Junta-Mitglieder dem Stadion fern und ließen sich durch einen obskuren Obersten "vertreten".



Führer der Unidad Popular beim Appell auf Dawson

Die zunehmende Isolierung der Generale, die die Macht an sich gerissen hatten, hängt sowohl mit ihrer Wirtschafts- als auch mit ihrer Sozialpolitik zusammen, die den Interessen der allermeisten Chilenen zuwiderläuft. Diese Politik ist von der Habgier der imperialistischen Monopole, der chilenischen Industrie- und Agrargewaltigen diktiert und verrät nicht den geringsten Wunsch, Reformen durchzuführen. Durch die Gewalt und Willkür, die gleich nach dem Putsch einsetzten, suchten die Generale, der Entwicklung des Landes auf dem Wege des Fortschritts und der wirtschaftlichen Umgestaltungen, auf den Chile drei Jahre hindurch von der verfassungsmäßigen Regierung Unidad Popular geführt worden war, Einhalt zu gebieten.

In den letzten fünf Monaten ist der Lebensstandard der Massen schroff gesunken. Etwa 500 000 Werktätige - das Land hat 10 Millionen Einwohner - sind arbeitslos geworden. Die Junta schiebt nicht einmal der Teuerung für Lebensmittel und Massenbedarfsartikel einen Riegel vor, und die Preise für diese Güter sind um 300, 500, ja um 800 und noch mehr Prozent gestiegen. Der "Ausgleich" in Form einer Lohnzulage ist einfach lachhaft. In den Arbeitervierteln ist wieder Schmalhans Küchenmeister, was die Chilenen, die es während der Regierung der Unidad Popular vergaßen, wieder an die Zeit vor 1970 erinnert. Die Wirtschaftspolitik der Junta hat ferner die kleinen und mittleren Unternehmer und Kaufleute getroffen, von denen ein erheblicher Teil vordem gegen die Unidad Popular war: Jetzt können sie viele Waren und Lebensmittel nicht mehr absetzen, da die Bevölkerung sich diese nicht leisten kann.

Die zur Zeit Allendes unter Volkskontrolle gestellten Großbetriebe der einheimischen Monopole sind den früheren Besitzern zurückerstattet worden. Auch die Bankhäuser sollen reprivatisiert werden. Schließlich verhandelt die Junta entgegen den Hoffnungen der Chilenen mit den von der Volksregierung verstaatlichten Kupfergesellschaften der USA über Entschädigungen. Die Gorillas beabsichtigen, diesen Monopolen in verkappter Form wieder Chancen zu bieten, unser Kupfer auszubeuten; dabei behaupten sie, die Chilenen seien dem nicht gewachsen, obgleich die Erfahrungen aus der Zeit der Volksregierung das Gegenteil besagen.

Wiederaufnahme des Kampfes

Die unvergänglichen Kampftraditionen der Arbeiterklasse und das während der Regierungszeit Präsident Salvador Allendes gewonnene hohe Bewußtseinsniveau äußerten sich darin, daß schon anderthalb Monate nach dem blutigen Putsch in Santiago der erste Streik ausbrach, und zwar beim U-Bahnbau. In ihrer Rage ließ die Junta die Streikführer erschießen. Danach setzten aber Streiks in der Textilfabrik Sumar, in der Kupfermine El Teniente, in den Studios von Chile Films, auf einem Handelsschiff und anderenorts ein. Zunächst waren die Proteste vorsichtig und zaghaft, heute werden sie aber überall immer vernehmlicher.

Die heftige Wirtschaftskrise, die Verschlechterung der materiellen Lage breiter Bevölkerungsschichten, die Neuverteilung der Güter zum Nachteil der Volksmassen, all das mehrt die Unzufriedenheit. Jeden Morgen erscheinen an den Häusermauern der Städte Losungen, die



Zeichen des Widerstandes: über Nacht brachten Patrioten in Santiago ein Altamirano-Plakat an einem Laternenpfahl an (Februar 1974).

zum Kampf gegen die Junta und ihre Repressalienpolitik auffordern; sie werden von revolutionären Aktivisten unter Lebensgefahr hingenommen. Antifaschistische Losungen sieht man an den Sitzlehnen in Bussen, Cafés und Kinos sowie in anderen öffentlichen Lokalen: So kommt die Unzufriedenheit des Volkes mit der Lage im Lande und die Bereitschaft zum Durchbruch, für die Freiheit zu kämpfen.

Während des Ausgehverbots hören Zehntausende Chilenen daheim die Sendungen des Moskauer Rundfunks für Chile, die ebenso deutlich wie die Lokalprogramme durchkommen. Auf diesem Wege wie auch von anderen Sendern erfahren die Chilenen von der machtvollen unbeirrbareren Solidarität mit uns in aller Welt. Meine Landsleute gewinnen den Glauben an die Zukunft, an den Sieg zurück, schöpfen neue Kräfte und Entschlossenheit für die künftigen Kämpfe.

Die Stimmungen in der Armee

Es ist kein Geheimnis, daß viele Militärs sich im Grunde zutiefst schämen wegen der Rolle, die die Streitkräfte heute in ihrer Heimat spielen. Kein Wunder auch, denn die Chilenen, Militär und Zivil, waren schon immer auf ihre Armee stolz, und dieser Stolz wurzelt in der Zeit, als Chile für die Befreiung von der spanischen Krone kämpfte. Zur Zeit sind die Kasernen zu Folterkammern geworden, man zwingt die Rekruten, Patrioten zu erschießen, das mittelalterliche Brandschatzrecht ist zur offiziellen Politik erhoben worden. Das wirkt sich selbstverständlich auf die Moral der Truppe aus, zu der früher nicht nur der Volksregierung gegenüber neutral Gesinnte, sondern auch Anhänger gehörten. Bezeichnend ist, daß viele Soldaten und jüngere Offiziere sowie Carabinieri, die in Arbeitervierteln wohnen, es vorziehen, in den Kasernen zu übernachten, bloß um nicht daheim dem Haß und der Verachtung von Verwandten und Nachbarn ausgesetzt zu sein.

Während des Putsches wie auch kurz vorher war die Armee weitgehend gesäubert worden. Viele Soldaten und Offiziere wurden erschossen, da sie sich weigerten, gegen die Volksregierung vorzugehen. Viele Militärs hassen aber auch heute die Junta, und davon konnte ich mich persönlich überzeugen. Das ist für die Gorillas gefährlich, denn ohne eine eigene Partei und ohne breiten öffentlichen Rückhalt stützen sich die Generale nur einzig und allein auf die Armee, wobei sie das Land militarisieren. (...)

Angesichts dieser Tatsache beabsichtigen die Gorillas demnächst, ihre Positionen durch neue Repressalien zu festigen. Zu diesem Plan gehört auch die Inszenierung eines "Prozesses", der Luis Corvalán und weiteren 200 politischen Häftlingen gemacht werden soll.

Unter diesen Umständen kann die internationale Solidarität mit dem chilenischen Volk eine wichtige Rolle spielen, zu einem ernststen Hindernis bei der Ausführung dieser Pläne zur physischen Vernichtung von Patrioten werden. Was die vereinigte Linke Chiles, seine Arbeiterklasse, die anderen revolutionären und demokratischen Kräfte betrifft, so sind sie bereit, ihre historische Mission zu erfüllen: den Kampf um die weitgehende Mobilisierung der Massen zur Vernichtung des Faschismus fortzusetzen, damit unser Land aufs neue den Weg der Befreiung beschreitet.

(Quelle: Neue Zeit, Nr. 8, Moskau 1974, S. 14-16)

Internationaler Chile Aktionskalender



- | | |
|---------------|---|
| 27. Mai | - Tag der nationalen Freiwilligenarbeit |
| 11. Juli | - Tag der nationalen Würde, Verstaatlichung der Kupferminen |
| 12. Juli | - 70. Geburtstag Pablo Nerudas |
| 4. September | - Jahrestag des Sieges des chilenischen Volkes, Wahlsieg der Unidad Popular |
| 11. September | - 1. Jahrestag des Putsches, Tag der Solidarität mit Chile |
| 18. September | - Nationalfeiertag in Chile |
| 4. November | - Amtseinführung Allendes |

Republik Südafrika

Dr. Youssuf Mohammed Dadoo, der Vorsitzende der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, gab der AIB-Redaktion während seines Aufenthaltes in der BRD Ende Januar 1974 ein Interview, dessen 1. Teil wir in der Nr. 2/1974 veröffentlichten. Im folgenden 2. Teil des Interviews informiert D. Y. M. Dadoo über die Kampfziele und -formen der südafrikanischen Befreiungsbewegung, über die Rolle der illegalen Kommunistischen Partei und über die Funktion der Bantustan-Häuptlinge im System der Apartheid. Abschließend gibt Genosse Dadoo Hinweise und Anregungen zur Entwicklung der Solidaritätsbewegung in der BRD.

AIB-Interview mit Dr. Y. M. Dadoo (TEIL 2)

Frage: Bekanntlich ging das Rassistenregime in den sechziger Jahren mit äußerster Brutalität gegen die Organisationen der südafrikanischen Befreiungsbewegung vor. Wie entwickelte sich der Kampf der Befreiungsbewegung gegen das Apartheidregime seit dieser Zeit?

Antwort: In den sechziger Jahren erlitten die Befreiungsbewegungen einen ungeheuren Rückschlag. Die Regierung des Landes, die weiße faschistische Regierung Vorsters, startete eine Welle des Terrors, der Gewalt, der Einschüchterung und Folter gegen die Organisationen und Führer der schwarzen Bevölkerung, die für ihre Menschenrechte und ihre Befreiung kämpfte. Hunderte und Tausende von Menschen wurden verhaftet und eingekerkert; alle bedeutenden Führer der nationalen Befreiungsbewegung und der Kommunistischen Partei sind hinter Gittern; einige von ihnen sind zu le-

benslanger Haft verurteilt, unter ihnen Nelson Mandela, Walter Sisulu, Mbeki und andere hervorragende Führer der kommunistischen Bewegung, einschließlich des Genossen Bram Fisher, einem der außergewöhnlichsten weißen Südafrikaner, ein bedeutender Rechtsanwalt, der alles aufgab, um illegal für die kommunistische Bewegung zu arbeiten.

Frage: Welche Rolle spielt die Südafrikanische Kommunistische Partei, die 1950 in die Illegalität gezwungen wurde, im Befreiungskampf?

Antwort: Zunächst einmal - die Kommunistische Partei Südafrikas wurde im Jahre 1921 gegründet. 1950 wurde sie durch das "Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus" verboten, das die reaktionärste nationalistische Partei der weißen Bevölkerung, die National Partei, die



Die rassistische Herrschaft in Südafrika fordert seit Jahren unzählige Opfer. Unser Bild ist 1961 in der kleinen Stadt Sharpeville aufgenommen

worden, nachdem die Polizei in eine Ansammlung von Demonstranten geschossen hatte.

1948 zur Macht gelangte, verabschiedete. Es muß daran erinnert werden, daß die National Partei eine begeisterte Anhängerin, in einigen Fällen aktiver Handlanger des Naziregimes in Deutschland war. Der gegenwärtige Premierminister, Dr. Vorster, war während des 2. Weltkrieges wegen seiner prohitlerischen Aktivitäten inhaftiert. Er war ein großartiger Schüler Hitlers, des Rassismus, des Faschismus. So mußte die Kommunistische Partei, als sie 1950 verboten wurde, in den Untergrund gehen und dort ihre Tätigkeit fortführen. Die Politik der Südafrikanischen Kommunistischen Partei zielt auf die Befreiung der farbigen Bevölkerung, insbesondere des afrikanischen Volkes ab. Und für dieses Ziel hat die Südafrikanische Kommunistische Partei den Kampf aufgenommen - wie es einer Partei in ihrer Eigenständigkeit im nationalen Befreiungskampf zukommt - als Teil des "African National Congress". Die gesamte Befreiungsbewegung setzt sich aus der schwarzen Bevölkerung zusammen, d.h. vor allem aus der afrikanischen Bevölkerung, der farbigen Bevölkerung, außerdem aus Indern und weißen Revolutionären. Es ist unsere Aufgabe, alle diese Kräfte zum Sturz des weißen faschistischen Regimes und für die Befreiung unseres Volkes zu vereinen. Zu diesem Zweck wurde die "Freedom Charter", eine Art Satzung, erstellt, die im Jahre 1955 von der "People's Assembly" der südafrikanischen Bevölkerung angenommen wurde. Die Freiheitscharta ist verbindlich für die Kommunistische Partei, den "African National Congress" sowie für alle anderen Organisationen, die sich der Befreiungsbewegung angeschlossen haben, wie etwa der "Südafrikanische Kongress der Gewerkschaften", der "Indian Congress" und der "Coloured People's Congress". Die Satzung bildet also die Grundlage, auf der die Einheit aller Befreiungskräfte in Südafrika herzustellen ist.

Gemeinsam werden wir für ein neues Südafrika kämpfen, wo Rassismus bestraft wird - jedoch die volle Entfaltung der demokratischen Rechte in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht für alle Bewohner garantiert werden wird.

Frage: Das Apartheidregime beantwortet - wie Sie bereits sagten - jede politische und soziale Kampfmaßnahme der unterdrückten Bevölkerung mit brutaler Gewalt. Gibt es - zur Unterstützung des legalen und illegalen Kampfes - bewaffnete Einheiten der Befreiungsbewegung?

Antwort: Die Vereinigung aller revolutionären Kräfte im Kampf gegen das Apartheid-Regime in unserem Land stellt also zur Zeit das Haupt-

ziel der südafrikanischen Befreiungsbewegung dar.

Der "African National Congress" und besonders wir Kommunisten müssen dazu beitragen, daß Organisationsstrukturen, z.B. Kampfeinheiten, im Lande gebildet werden, die den Widerstand in der Bevölkerung organisieren helfen.

Ein wesentliches Problem besteht unseres Erachtens darin, daß - besonders seit den sechziger Jahren unter den in Südafrika herrschenden Bedingungen - alle legalen und illegalen Aktivitäten der Unterstützung durch Waffengewalt bedürfen. Deshalb hat die Befreiungsbewegung junge Leute in Spezialeinheiten zusammengefaßt, die auf afrikanisch Umkhouto We Sizwe genannt werden, was übersetzt "Speer der Nation" heißt. Dem bewaffneten Teil der südafrikanischen Befreiungsbewegung gehören heute schon viele junge entschlossene Männer und Frauen an. Einige der Einheiten sind ausgebildet, dank der Unterstützung von Seiten afrikanischer Staaten und dank der aktiven materiellen Hilfe durch die sozialistischen Länder.

Unsere Kampfeinheiten sind bereit, die Gewalt der Staatsmacht gegen unser Volk entschlossen mit Gegengewalt zu beantworten.



Geheime Versammlung des African National Congress (ANC).

Frage: In den bürgerlichen Massenmedien der BRD kommen die wirklichen Vertreter der unterdrückten südafrikanischen Bevölkerung nicht zu Wort. Stattdessen werden die Häuptlinge der Bantustans, wie z.B. Mangope, immer wieder ausführlich zitiert. Wie schätzen Sie die Rolle dieser Häuptlinge ein?

Antwort: Die Repräsentanten der Bantustans werden natürlich nicht nur in den Massenmedien der BRD, sondern ebenso in denen der übrigen kapitalistischen Länder hochgespielt. Die Sache mit den Bantustans ist eine bewußte Irreführung durch die südafrikanische Regierung. Das alles wird gemacht, um den Bantustans einen Anstrich von Selbstverwaltung zu geben. Doch insgesamt gesehen ist die Bantustan-Politik ein Teil der Apartheid-Politik zum Zwecke der Aufrechterhaltung der weißen Vorherrschaft über die farbige Bevölkerung.

Diese Häuptlinge werden weder vom Volk ernannt noch sind sie als solche bei ihm anerkannt. Sie arbeiten im Auftrag der Regierung, werden von ihr zur Wahl vorgeschlagen und erhalten selbstverständlich auch ihr Gehalt von der weißen Regierung Südafrikas. Es ist eine Tatsache, daß Mangope wie auch die übrigen Häuptlinge kein Vertrauen in die Stärke unseres Volkes haben. Deshalb meinen sie, da unter den gegebenen Bedingungen sowieso nichts zu erreichen sei, sollten wir wenigstens in den Bantustans mitarbeiten. Aber gerade durch diese Haltung machen sie sich faktisch zu Komplizen der weißen Herren in Südafrika. Mögen ihre Absichten also aufrichtig sein oder auch nicht, so machen sich sie letztlich - bewußt oder unbewußt - zu Handlangern der südafrikanischen Regierung. Wenn diese Häuptlinge ins Ausland reisen, sagen sie z.B., wir wünschten ausländische Investitionen. Sie fordern dazu auf, Geld in Südafrika zu investieren. Aber wir wissen seit mehr als hundert Jahren, daß die Hunderte und Millionen investierte Rands, Pfunds und D-Mark dem schwarzen Volk in keiner Weise geholfen haben. Jeder in Südafrika investierte Pfennig dient der Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung. Diese Investitionen sind gegen uns gerichtet. Jeder investierte Pfennig ist ein Pfennig zur Unterdrückung des schwarzen Volkes, und wird gegen seine Interessen eingesetzt. Darum fordern wir alle fortschrittlichen Bürger der BRD, alle Demokraten und alle Arbeiter auf, diesen Häuptlingen keinen Glauben zu schenken. Sie sprechen nicht im Namen der schwarzen Bevölkerung Südafrikas.

Frage: Abschließend eine Frage zur Solidaritätsbewegung. Auf welche Weise können die antiimperialistischen Kräfte in der BRD den Kampf der südafrikanischen Befreiungsbewegung unterstützen?

Antwort: Sie wollen wissen, wie sie die Befreiungsbewegung in unserem Land unterstützen können? Sie können eine Menge tun, ohne sich gleich der freiwilligen Armee für die Befrei-

ung Südafrikas anschließen zu müssen. Wir wissen, daß der Kampf in Südafrika durch das südafrikanische Volk selbst geführt werden muß, das durch seine Opfer, seinen Kampf, seine Einsatzbereitschaft den Sturz des weißen faschistischen Regimes erreichen muß. Gleichzeitig haben wir aber auch aus der Geschichte, aus dem Kampf des tapferen vietnamesischen Volkes oder aus dem Kampf der Völker von Guinea-Bissau, Moçambique, Angola, Zimbabwe und Namibia gelernt, daß die Solidarität fortschrittlicher demokratischer Kräfte bedeutend ist. Ebenso spielt die Solidarität der sozialistischen Staaten eine wichtige Rolle in unserem Kampf.

Deshalb lautet unser Appell an alle antiimperialistischen Kräfte, an alle Demokraten, Christen, Humanisten und Arbeiter in der Bundesrepublik, unseren Kampf politisch, materiell und moralisch auf jede nur mögliche Weise zu unterstützen:

Durch den Boykott der Handelsbeziehungen, Boykott auf sportlichem und kulturellem Gebiet, Boykott auf jede erdenkliche Weise. Konkret bedeutet das jeglichen Verzicht auf Austauschbeziehungen oder auf Ankauf südafrikanischer Waren. Auf diesem Wege läßt sich schon eine Menge erreichen. Um die Regierung der BRD unter Druck zu setzen, müssen die demokratischen Kräfte auf die Durchführung dieser Vorschläge dringen. In der Tat kann dadurch unsere Bewegung in Afrika in starkem Maße unterstützt werden. In Großbritannien und in anderen Ländern übt eine starke Solidaritätsbewegung ständig Druck auf die Regierung aus. Der Aufruf zum Handelsboykott gegenüber Südafrika verbreitet sich in der Bevölkerung. Wenn der Bevölkerung der BRD die Lage in Südafrika, die Lage seiner schwarzen Bewohner begreiflich gemacht wird, nämlich diese ungeheure Ausbeutung, diese Rassenunterdrückung, die "Herrenvolkideologie" des weißen Regimes, dann - und daran habe ich keine Zweifel - wird die Bevölkerung der BRD und mit ihnen die Menschen in anderen Ländern unsere gerechte Sache unterstützen. Gewiß werden sie dafür eintreten, daß die Bundesregierung ihre Verpflichtungen in diesem Kampf wahrnimmt, indem sie die südafrikanische Befreiungsbewegung unterstützt und zum Sturz dieses höchst verachtungswürdigen rassistischen Regimes, das eine so große Gefahr für den Weltfrieden darstellt, beiträgt. Wenn wir alle unsere Kräfte zusammenschließen, werden wir in der Lage sein, im Dienste der Menschlichkeit eine große Aufgabe zu erfüllen.

.....

Palästina

Emile Touma, der Verfasser dieses Ende 1973 abgeschlossenen Artikels, schätzt vom Standpunkt der Israelischen Kommunistischen Partei - Rakah aus den aktuellen Stand und die Lösungsmöglichkeiten des Palästina-Problems ein. Eingangs beantwortet Touma die Frage, ob sich am Charakter und den Zielen der israelischen Annexionspolitik im Ergebnis des Oktoberkrieges 1973 etwas geändert hat. Er nimmt dabei Bezug auf die aktuelle Programmatik der israelischen Regierungsparteien und des rechtsextremen LIKUD-Blocks. Touma schildert sodann neue Entwicklungstendenzen unter der arabisch-palästinensischen Bevölkerung in den okkupierten Gebieten und die vielfältigen Bemühungen des jordanischen Monarchen Hussein, eine palästinensisch-arabische Staatsgründung zu hintertreiben. Es folgt eine Darstellung und kritische Auseinandersetzung mit den Positionen der PLO zu dieser Frage und zu den allgemeinen Zielen des palästinensischen Widerstandes. Abschließend setzt Touma die veränderte politische Lage in Nahost ins Verhältnis zur Haltung der UNO in der Palästinafrage und formuliert drei Kernforderungen, über deren Verwirklichung eine echte Lösung des Palästina-Problems möglich wäre.

Emile Touma

Die Palästina-Frage heute

(...) Nach den Septembermassakern von 1970 (in Jordanien, d.Red.) glaubten die herrschenden Kreise Israels, daß es an der Zeit sei, ihre Angriffe auf das Volk der palästinensischen Araber zu verstärken; der Begriff "Volk" bezeichnet hier die nationalen Organisationen und die arabischen Flüchtlingslager, wo sich das Volk der palästinensischen Araber angesiedelt und zu einem revolutionären Potential

entwickelt hat.

Die Angriffe eskalierten und verschärften sich in dem Maße, wie die Überzeugung bei den herrschenden Kreisen Israels wuchs, daß ihre militärische Überlegenheit die arabische Welt, insbesondere Ägypten und Syrien, neutralisiere und einschüchtere.

1973 unternahmen die israelischen Streitkräfte unter dem Vorwand, den "Terrorismus" bekämpfen zu wollen, heftige Luftangriffe und motorisierte Vorstöße zu Lande gegen die palästinensischen Flüchtlingslager in den benachbarten arabischen Ländern Syrien und Libanon. Hunderte von arabischen Flüchtlingen kamen bei diesen Angriffen ums Leben, und die Ermordung dreier palästinensischer Nationalführer in ihren Wohnungen in Beirut (Libanon) wurde zum Symbol offizieller israelischer Anmaßung. (...)

Oktoberkrieg und offizielle Politik Israels

Der Oktoberkrieg von 1973 veränderte die ganze komplizierte Situation in Nahost.

Erstens brachte er die vielschichtigen offiziellen israelischen Konzepte zu Fall, was ihre militärischen Abschreckungsmittel, Sicherheitsgrenzen, die Potentiale der USA in der arabischen Welt und die Fähigkeit Israels betrifft, die einzig maßgebliche Kraft im israelisch-arabischen Konflikt zu sein.

Zweitens zeigte das Gesamtergebnis des Krieges, dessen Ende auf internationaler Ebene formell in der Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrates zum Ausdruck kam, daß die herrschenden Kreise Israels nicht weiter darauf bauen können, die Rechte der palästinensischen Araber zu negieren.



Über 1,5 Mio. Palästinenser wurden durch die Aggressionspolitik Israels aus ihrer Heimat vertrieben.



Terror israelischer Truppen gegen palästinensische Araber in den besetzten Gebieten.

Heute ist die politische Szenerie in Israel fließend. Die führende Schicht der herrschenden Kreise Israels zeigt sich jedoch noch immer unnachgiebig in ihrem Bestreben, die von zionistischem Geist erfüllte Expansionspolitik fortzusetzen.

Nicht nur der extrem rechte bürgerliche Block LIKUD - bestehend aus den Oppositionsparteien der Herut, den Liberalen, dem Freien Zentrum und der Staatlichen Liste - stemmte sich gegen die Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes, sondern auch die Regierungskoalition. Die Annahme eines 14-Punkte-Programms durch die Arbeiterpartei - der entscheidenden Kraft innerhalb der Regierungskoalition - wie auch ihre Wahlplattform vom 29.11.1973 machten diese Position deutlich. Obwohl in dem Programm eine neue Tonart angestimmt und erklärt wurde, man wolle sich für ein Friedensabkommen einsetzen, unterstreicht man darin, Israel werde sich nicht auf die Linien vom 4. Juni 1967 zurückziehen, und man proklamiert ein vereinigtes Jerusalem als Hauptstadt Israels - was einer Aufrechterhaltung der Annexion des arabischen Jerusalem und der Zurückweisung des Gedankens gleichkommt, einen arabisch-palästi-

nensischen Staat am Westufer des Jordan zu errichten. Damit wird eindeutig das Recht der palästinensischen Araber auf Selbstbestimmung geleugnet.

Darüber hinaus, sozusagen als Zugabe, verkündeten offizielle Vertreter Israels zum wiederholten Male, sie seien nicht gewillt, mit Repräsentanten der palästinensischen Nationalbewegung - gewöhnlich als Terroristen bezeichnet - zu verhandeln.

Entwicklungstendenzen unter den Palästinensern

Eine äußerst wichtige Entwicklung, die während und nach dem Oktoberkrieg in Erscheinung trat, war zum einen die Konsolidierung der arabischen Solidarität im Kampf gegen Imperialismus und Aggression; zum anderen die generelle Bejahung der ägyptisch-syrischen Politik, die sichtbar wurde in der Annahme der Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrates - welche die Anerkennung Israels beinhaltet - und in der Berücksichtigung der nationalen Rechte der palästinensischen Araber als einer Vorbedingung zum Frieden. Der Krieg und seine Folgen haben das palästinensische Volk aufgerüttelt, und es scharte sich um die PLO als seine nationale Führung.

Dies wurde allgemein zur Kenntnis genommen, und NEWSWEEK bezeichnete die verbreitete israelische Auffassung, die palästinensischen Araber in den besetzten Gebieten hätten sich mit der Okkupation abgefunden, als eine Illusion und fügte hinzu,

"der Krieg und die Möglichkeit der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates haben eine dramatische Veränderung hervorgerufen und sogar offizielle israelische Stellen geben zu, daß die PLO auf dem Westufer gewaltige Unterstützung findet." 1)

„Öffentliche Meinung“ in den besetzten Gebieten

Die Wirklichkeit in den besetzten Gebieten erhärtete diese Behauptung. Die "Palästinensische Nationale Front in den besetzten Gebieten", die illegale militante Organisation auf dem Westufer, gab mit Unterstützung der Kommunistischen Partei Jordaniens Mitte November 1973 ein Manifest heraus. Darin definiert sie sich als Teil der PLO und letztere als die einzig legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes. 2)

Das israelische Regierungsblatt für Araber ALANBA - herausgegeben zur Unterstützung der Okkupationspolitik - mußte am 4.12.1973 zugeben, daß die Identitätskrise, die noch zwei Monate zuvor die öffentliche Meinung am Westufer entzweit und zersplittert hatte, praktisch verschwunden ist und daß nahezu Übereinstimmung in der öffentlichen Meinung besteht, die eine Wende in der Frage der palästinensisch-arabischen Unabhängigkeit signalisiert.



Hussein: „Wenn sich die anderen auch gegen die Dollarflut schützen, ich nehme jede Menge, Herr Präsident.“ (Aus „Stuttgarter Zeitung“)

Im Zusammenhang mit diesen Verhaltensproklamationen setzte auf dem Westufer und im arabischen Jerusalem eine Welle von Widerstandsaktionen gegen die Okkupation ein, die verschiedene Formen, wie z.B. Bombenexplosio-

nen und bewaffnete Zusammenstöße, annahm.

Das gewaltsame Zurückschlagen der Besatzungsbehörden - Sprengung von Häusern, Verhaftungen und Deportationen (acht führende Persönlichkeiten wurden am 10.12.1973 über den Jordan zu dessen Ostufer deportiert) - verstärkte den Widerstandskampf der palästinensisch-arabischen Bevölkerung auf dem Westufer und im Gazastreifen. Dies kann man an Sitzstreiks und Forderungen nach Herausgabe des von den Okkupanten besetzten Landes ablesen. 3)

Hussein und Quislinge

Die Konsolidierung der palästinensischen Nationalbewegung sieht sich jedoch einem zweiseitigen Angriff ausgesetzt.

Auf der einen Seite versucht König Hussein von Jordanien, die palästinensische Nationalbewegung mit verschiedenen Mitteln im Zaum zu halten, um so die Bedingungen für eine Wiederherstellung seiner Herrschaft über das Westufer zu schaffen, wenn sich Israel einmal zurückzieht. Auf der anderen Seite streben israelbegeisterte arabische Quislinge auf dem Westufer danach, eine "palästinensische Vertretung" einzurichten, die der PLO das Recht auf Alleinvertretung streitig zu machen und den ganzen Sachverhalt durcheinanderzubringen sucht.

König Husseins Bemühungen nahmen folgende Formen an: Er bestand darauf, daß die palästinensische Vertretung der jordanischen Delegation eingegliedert werde, während er zur selben Zeit mit dem Slogan eines Plebiszits nach Israels Abzug - um es so dem palästinensischen Volk zu ermöglichen, seine Zukunft selbst zu bestimmen - Öffentlichkeitsarbeit betrieb.

In diesen seinen Bemühungen arbeitet Hussein an beiden Fronten; in den arabischen Ländern versucht er, die offiziellen Stellen von der Rechtsgültigkeit seiner Ansprüche zu überzeugen, indem er verschiedene Lösungen vorschlägt. Auf dem Westufer sind seine Anhänger eifrig dabei, die öffentliche Meinung zugunsten des jordanischen Monarchen zu beeinflussen.

Bezeichnend war in dieser Hinsicht die Tatsache, daß ein Abgesandter Husseins Anfang Dezember 1973 nach Beirut kam und den palästinensischen Organisationen folgendes vorschlug: Hussein werde sein Kabinett umbilden und Minister hineinnehmen, die von der PLO gewählt oder ihr genehm seien, und diese Regierung werde dann über die Zusammensetzung der Delegation zur Friedenskonferenz entscheiden. Laut der palästinensischen Nachrichtenagentur hat

die PLO diesen und ähnliche Vorschläge, die darauf abzielten, eine getrennte palästinensische Repräsentation zu verhindern, zurückgewiesen. Auf dem Westufer stieß der jordanische Herrscher auf ähnliche Abweisung.

Anerkennung Israels notwendig

Natürlich wird gerade die Haltung der PLO in der Palästinafrage entscheidend dafür sein, ob sie ihre relative Position der Stärke aufrechterhalten kann, welche sich heute in der Unterstützung durch die arabischen Länder und durch das arabische Volk von Palästina ausdrückt.

Bislang nannten die verschiedenen der PLO angehörenden Organisationen und die PLO selbst als Ziel ihres Kampfes die Errichtung eines Demokratischen Säkularen Staates Palästina. Die Durchsetzung eines solchen Programms schliesse die Zerstörung des Staates Israel mit ein.

Die revolutionären Kräfte in aller Welt, darunter die Kommunistische Partei Israels, betrachten dieses Programm sowohl als unhaltbar, da es das Recht der jüdischen Bevölkerung in diesem Land auf Selbstbestimmung negiert, als auch als nicht praktikierbar unter den gegenwärtigen weltweiten und regionalen Gegebenheiten.

Darüber hinaus erkennen nicht nur die Länder der Welt Israel an und billigen sein Recht auf souveräne Existenz. Auch beinhaltete der Beschluß der arabischen Länder auf ihrem algerischen Gipfeltreffen, an der Genfer Konferenz teilzunehmen und einen dauerhaften Frieden mit Israel anzustreben, die Anerkennung Israels.

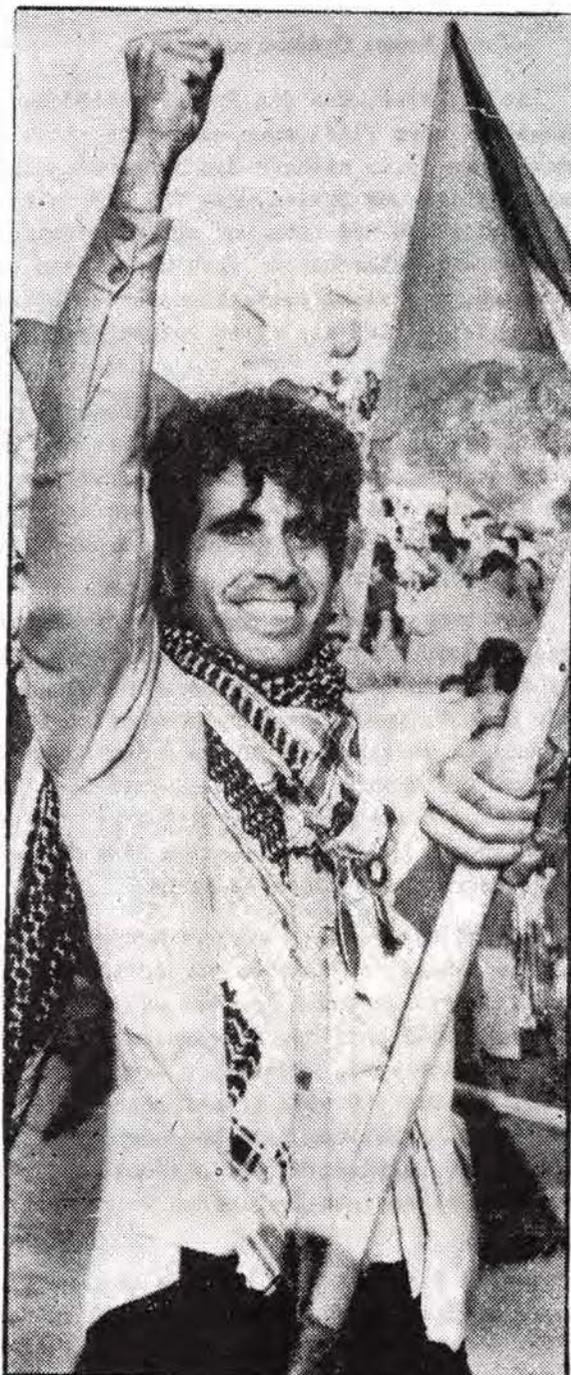
Da offizielle definitive Bekanntmachungen fehlen, stellt die Weltpresse hinsichtlich der Haltung der PLO Spekulationen an; der Beiruter Daily Star schrieb:

"Die Palästinenser (innerhalb der PLO, E.T.) scheinen momentan ihre Forderung nach Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina mit Arabern und Juden aufgegeben zu haben." 5)

Haltung der PLO

In der Tat erklärte Yassir Arafat schon vor Ende Oktober 1973, daß die palästinensische Revolution heute an der Schwelle zu einer historischen Etappe stehe, die eine historische Entscheidung erfordere. Er fügte hinzu, daß die Führer der PLO bis auf eine Ausnahme den allgemeinen Richtlinien zustimmten:

1. Einstimmigkeit darüber, daß das Westufer, der Gazastreifen und der Al Hameh Distrikt (an der Ostküste des Sus Galilea gelegen - E. T.) zweifelsfrei als palästinensische Gebiete anzusehen sind, da sie von Palästinensern be-



Fahnenträger der PLO-Delegation beim X. Festival 1973 in Berlin, DDR

wohnt werden. Eine Treuhänderverwaltung ist daher abzulehnen; das Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung.

2. Die gegenwärtigen Rechte können kein Ersatz für historische Rechte sein, wohl aber ein Schritt hin zu deren Erkämpfung. 6)

Aus diesen beiden Vorstellungen ergibt sich, daß die PLO bzw. ihre Mehrheit, die Al Fatah, die Zeit für gekommen halten, die sich aktuell realisierbaren Rechte, die durch die Selbstbestimmung in den palästinensischen Gebieten nach dem Abzug Israels zur Anwendung kämen, zu nutzen. Die PLO bekämpft jedwede Ansprüche Jordaniens und betont in ihren Publikationen, daß die arabische Liga die Annexion arabisch-palästinensischer Gebiete durch Transjordanien im Jahre 1949 nie billigte.

Äußere Einflüsse auf die PLO

Es ist klar, daß die PLO verschiedenen gegensätzlichen Einflüssen ausgesetzt ist. Auf der einen Seite drängen die arabischen Staaten, wie Ägypten und Syrien, die PLO hin zu einer realistischen Position und zur Kompromißbereitschaft, während der Irak und Libyen sie drängen, von einem palästinensischen Staat in einem Teilgebiet des alten Palästina Abstand zu nehmen.⁷⁾

Die PLO ist sich auch dessen bewußt, daß bestimmte arabische Regierungen mit den USA im Rücken Husseins Jordanien unterstützen und am liebsten die PLO neutralisieren oder, wenn möglich, ganz von der Szenerie in Nahost verschwinden lassen möchten.

Letzteres aber wird immer unwahrscheinlicher, da die PLO auf allen Kampfebenen Unterstützung erhält. Von besonderer Bedeutung ist die Konsolidierung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der PLO und der Sowjetunion. Der Besuch einer PLO-Delegation, angeführt von Arafat und anderen Führern des Widerstandes, in der Sowjetunion Ende November 1973 bekräftigte diese Tatsache.

Es ist anzunehmen, daß die Sowjetunion, die im Rahmen der Friedensverhandlungen in Nahost Hervorragendes leistet und die eine führende Rolle auf der Friedenskonferenz in Genf spielen wird, wesentlich dazu beitragen kann, daß die PLO eine prinzipienfeste und realistische Haltung beziehen wird, die zugleich der Legitimität der nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes Rechnung trägt.

Diesen Eindruck kann man aus der Erklärung Arafats gewinnen, der Besuch der PLO in der Sowjetunion sei im Interesse der arabischen Nation und des palästinensischen Volkes positiv und konstruktiv gewesen.⁸⁾

Hindernisse in der Palästinafrage heute

Das Palästina-Problem ist entgegen allen Beteuerungen der herrschenden Kreise Israels, daß es längst gelöst sei, niemals in Vergessenheit geraten und war auf internationaler Ebene in der UNO in dieser oder jener Form ständig präsent.

Auch 1973 stellte keine Ausnahme dar, und eine Reihe von UN-Resolutionen beinhalteten ein überwältigendes internationales Votum zum Palästina-Problem:

● Die erste Resolution sicherte den palästinensischen Arabern nochmals ihr Recht auf Selbstbestimmung zu. Sie wurde mit 78 gegen 6 Stimmen bei 35 Enthaltungen verabschiedet. Die USA stimmten mit Israel dagegen.

● Die zweite verurteilte die fortwährende Anwendung von Maßnahmen der israelischen Besatzer, die die Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung in ihre Heimat behindern. Israel wurde aufgefordert, die Repatriierung dieser arabischen Flüchtlinge unverzüglich einzuleiten. Diese Resolution wurde mit 101 gegen 4 Stimmen bei 14 Enthaltungen verabschiedet.⁹⁾

● Die dritte und vierte Resolution forderten von Israel die Respektierung der Genfer Konvention über die Menschenrechte von Zivilpersonen in Kriegszeiten und die Unterlassung aller Maßnahmen, die darauf abzielen, besetzte arabische Territorien zu annektieren.¹⁰⁾



Dayans Puppenbühne für politische Kleinkinder
Collage: Hermann Raum

Von daher lassen sich - in Übereinstimmung mit der UN - drei essentielle Faktoren ableiten, die das Palästina-Problem heute ausmachen:

1. Die israelische Okkupation von Gebieten, die von palästinensischen Arabern bewohnt wurden (Westufer, Gaza-Streifen, arabisch Jerusalem, Hameh-Distrikt) und die Versuche der herrschenden Kreise Israels, die Annexion durch eine koloniale Besiedlung unumkehrbar zu machen.
2. Israels Verweigerung des Rechtes des palästinensisch-arabischen Volkes auf Selbstbestimmung, mit der Unterstützung der USA und in offensichtlichem Einverständnis mit der jordanischen Monarchie.
3. Israels einzigartige Gegnerschaft zu den UN-Resolutionen, die die palästinensischen Flüchtlinge betreffen.

Eine Lösung des Palästina-Problems kann es nur durch die Beseitigung dieser drei Hindernisse geben, d.h. durch den israelischen Abzug aus den arabischen Gebieten, durch die praktische Umsetzung der Resolutionen zum Flüchtlingsproblem, sowie durch die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung für das palästinensische Volk. Die Bedingungen für eine solche Lösung sind nach dem Oktoberkrieg 1973 sowohl regional als auch weltweit günstiger geworden.

Anmerkungen:

- 1) Newsweek, New York, 10.12.1973
- 2) Al-Ittihad, 20.11.1973
- 3) Alkouds, 4.12.1972
- 4) Reuter, 8.12.1973
- 5) Daily Star, Beirut, 1.11.1973
- 6) Diese Erklärung wurde in der Zeitung der PLO, Al Muhrer, veröffentlicht, Alnida, 1.11.1973

- 7) Alfajar, 24.11.1973
- 8) Anba, Moskau, Nr. 48, 1.12.1973
- 9) Beide Resolutionen wurden am 18.11.1973 von der UNO-Vollversammlung verabschiedet.
- 10) UPI, 8.12.1973

(Deutsche Übersetzung nach: Information Bulletin Communist Party of Israel, Nr. 12, Tel Aviv 1973, S. 27-37)



Kurzinformation

Äthiopien

Am 25.2.1974 besetzten Einheiten der äthiopischen Armee in der Hauptstadt der Nordprovinz Eritrea, Asmara, den Flugplatz, die Rundfunkstationen und Banken.

Die Armeerevolte dehnte sich schnell auf Massaua, den größten und wichtigsten Hafen des Landes und auf die Hauptstadt Äthiopiens, Addis Abeba, aus.

Am 27.2.1974 befand sich die Hälfte der 45.000 Mann starken Armee im Ausstand und hielt alle strategischen Punkte - außer dem Kaiserpalast - in den Städten besetzt.¹⁾

Die Soldaten übermittelten über die Radiostationen der Regierung 25 Forderungen: Eine weitere Anhebung des Solds für alle Soldaten in Höhe von 20%, ärztliche Versorgung, Maßnahmen gegen die steigenden Mieten, bessere Lebensbedingungen, Preisstoß für alle lebenswichtigen Güter u.a.

Die äthiopische Regierung trat unter dem Druck der Armee und der sich zunehmend ausdehnenden Streikbewegung von Taxifahrern, Lehrern und Hafentarbeitern zurück.

Die vom neuernannten Ministerpräsident Lik E. Makonnen - einem Mitglied der königlichen Familie - versprochenen "Verbesserungen und Reformen"²⁾ und die Soldanhebung von insgesamt 32% für alle Armeeingehörigen konnten jedoch die sich entwickelnde Massenbewegung nicht aufhalten.

Am 7.3.1974 riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik, dem ersten in der Geschichte des Landes, auf. Der Streik soll solange geführt werden, bis die Regierung bereit ist, über die 17 Gewerkschaftsforderungen zu verhandeln. U.a. fordern die Gewerkschaften einen gesetzlichen, täglichen Mindestlohn von ca. 20,-DM, die Einleitung einer Bodenreform, Pressefreiheit und demokratische Rechte.

Äthiopien zählt bei einem Pro-Kopf-Einkommen von 69 Dollar zu den 16 ärmsten Län-

dern der Erde; nach wie vor besitzen wenige Feudalherren und die koptische Kirche zwei Drittel des Bodens, der von rund 50% der Bevölkerung in feudaler Abhängigkeit bearbeitet wird.

Anmerkungen:

- 1) FAZ, 1.3.1974
- 2) ND, 2.3.1974

Anzeige:

ÄTHIOPIEN



oder HINTERGRÜNDE EINER HUNGER- KATASTROPHE

Aus dem Inhalt :

- Kaiserreich zwischen Tradition und Moderne : Entwicklungsland Äthiopien
- Historische Entwicklung
- Sozioökonomische Lage der Bevölkerung
- Sechs Punkte zur Hungersnot
- Einige Reaktionen der Presse
- Entwicklungshilfeprojekte der B R D in Äthiopien

P R E I S : DM 2,20 + 0,70 Porto

Lieferung nur gegen Vorausrechnung oder nach vorheriger Bezahlung in Briefmarken

Bestellungen an:

**AKAFRIK, 48 Blefeld
Wickenkamp 30, Tel. 05 21 / 6 28 02**

BRD-Portugal

Nach mehrmonatigem Leugnen - das Organisationskomitee Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Moçambique kommentierte in einer Pressemitteilung: "Die Bundesregierung belügt das Parlament" - gab die Bundesregierung nun ein skandalöses Rüstungsgeschäft mit der faschistischen Kolonialmacht Portugal zu. Dazu folgende Fakten:

Im Juli 1973 hatte das Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Moçambique (AGM-Komitee) die SPD/FDP-Regierung beschuldigt, 1972 die Genehmigung für die Beteiligung einer westdeutschen Firma an der Produktion von Munition in der Fabrik Trafaria in Lissabon erteilt zu haben. Sofort bestritt das Bundesverteidigungsministerium, eine derartige Lizenzproduktion genehmigt zu haben. Das AGM-Komitee wiederholte seine Vorwürfe mehrmals, Abgeordnete des Bundestages und Presseorgane richteten Anfragen an die Bundesregierung, man nannte den Namen der Firma: Josef Meissner, Köln; man konkretisierte die Art des Rüstungsgeschäfts: Explosivfüllanlagen zur Herstellung von HE 105 mm-Geschossen, 81 mm-Mörsergranaten und 500 kg TNT-Bomben. Die Reaktion der Bonner Regierung blieb gleich: Entweder antwortete man nicht, oder aber es folgten Dementis, so etwa am 5. Dezember 1973 von Außenminister Scheel, der mitteilen ließ, daß "der Bundesregierung über die Errichtung von Anlagen zur Munitionsherstellung in der Firma Trafaria in Portugal mit Lieferungen von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland nichts bekannt ist." Selbst nachdem Wolff Geisler vom AGM-Komitee mit einer eidesstattlichen Erklärung bekräftigt hatte, Dokumente gesehen zu haben, aus denen die BRD-Beteiligung hervorgehe, behauptete das Auswärtige Amt noch am 28. Januar 1974, es gebe keine derartige Genehmigung. Doch die Beweise waren erdrückend. Am 20. Februar 1974 schließlich mußte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Grüner, bestätigen, daß die Firma Josef Meissner am 29. März 1972 die Genehmigung zur Ausfuhr von Einrichtungsteilen für die Munitionsfabrik Trafaria in Portugal erhalten habe. Diese Genehmigung, so Grüner, sei "im Einklang mit den politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" erteilt worden.

Die Bundesregierung dokumentiert also selbst, daß sie weiterhin bewußt dazu beiträgt, die kriegführende portugiesische Regierung mit Material für deren Kolonialkrieg zu versorgen. Die Aussagen von Bundeskanzler Brandt

und Außenminister Scheel vor der UNO oder gegenüber afrikanischen Politikern, die Bundesregierung trete für die "Liquidierung des Restkolonialismus" ein, entlarven sich mithin als bewußteste Täuschungsmanöver.

Während sich die niederländische Regierung gegenwärtig bemüht, andere europäische Länder mit sozialdemokratisch geführten Regierungen zu einer gemeinsamen Aktion zu bewegen, um Portugal zum Rückzug aus Afrika zu zwingen, stärkt Bonn die Position des faschistischen NATO-Partners. Daß Bonner Waffen tatsächlich von Portugal in Afrika eingesetzt werden, bestätigte Anfang März d.J. noch einmal Harald Stappmanns vom VDS-Vorstand, der als erster Bundesbürger im Rahmen einer internationalen Delegation die Republik Guinea-Bissau besuchte und dort Angriffe der portugiesischen Luftwaffe mit Bombern des Typs Fiat G-91 miterlebte.

P.A.I.G.C.
du 23 Mars
au 11 Juin 1973

- 29-III
- 2 jet FIAT G 91
- 29-III
- 1 jet FIAT G 91
- 1 HARVARD T6
- 29-III
- 1 jet FIAT G 91
- 2 HARVARD T6
- 3 DORNIER S DO 27
- 29-III
- 2 jet FIAT G 91
- 13-V
- 2 jet FIAT G 91
- 4-VI
- 1 jet FIAT G 91
- 7-VI
- 1 jet FIAT G 91
- 13-VI
- 1 jet FIAT G 91
- 11-VI
- 1 jet FIAT G 91

ABATTUS
A la violence

WIR FORDERN VON DER BUNDESREGIERUNG :

▷ SCHLUSS MIT DER UNTERSTÜTZUNG
DER PORTUGIESISCHEN KOLONIALISTEN !

▷ SOPORTIGE ANERKENNUNG
DER REPUBLIK GUINEA BISSAU !

Lateinamerikanische Staatenkonferenz

Wenige Tage nach der gescheiterten "Energiekonferenz" sahen sich die USA auf der pan-amerikanischen Konferenz in Tlatelolko (Mexiko) vom 21.-23.2.1974 einer ähnlich prekären Situation gegenüber. US-Außenminister Kissinger versuchte vergeblich, den wachsenden Widerstand gegen die Hegemonialpolitik der USA aufzufangen, indem er von einem "neuen Anfang und einem neuen Geist" in den interamerikanischen Beziehungen sprach.

auch breite Teile des Kleinbürgertums wie der nationalen Bourgeoisie erfaßt hat;

daß die Staaten Lateinamerikas in ihrer Überzahl kein Interesse bekundeten, den Verfall der von den USA geschaffenen OAS aufzuhalten (bezeichnenderweise fand die Konferenz nicht im Rahmen der OAS statt).

Unvorstellbar ist es daher nicht, daß Kissingers 'Stolpern in Tlatelolko' (FR) auf der OAS-Generalversammlung Mitte April 1974 zu einer 'Bauchlandung' werden könnte.

(vgl.: FR, 23.2., 25.2., 27.2.1974; Horizont, Nr. 11/1974; DVZ, 7.3.1974)



Aus „Siempre“, Mexiko-City

Zwar gelang es den USA noch einmal, die von Peru u.a. geforderte Aufnahme Kubas in die OAS (Organisation amerikanischer Staaten) zu vereiteln. Nicht verhindern konnten sie jedoch die von den 24 lateinamerikanischen Staaten mehrheitlich unterstützte Aufnahme eines Passus ins Schlußkommuniqué, demzufolge

"jeder Staat das Recht hat, ohne Einmischung von außen sein politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System zu wählen".

Eine ebenso gegen die US-Politik gerichtete Aussage wurde im Kommuniqué mit der Befürwortung des Bestrebens Panamas, die volle Hoheit über die Kanalzone zu erlangen, verankert.

Die Tlatelolko-Konferenz brachte darüber hinaus zum Ausdruck:

daß die US-imperialistische Politik des 'Diktats' erheblich an Durchschlagskraft eingebüßt hat; so lehnten die Teilnehmerstaaten den Vorschlag der USA ab, eine "neue Gemeinschaft der westlichen Hemisphäre" zu bilden;

daß auf dem lateinamerikanischen Kontinent die Auffassung an Boden gewinnt, die nationalen Rohstoffressourcen künftig stärker als politische und wirtschaftliche Waffe gegen die "imperialistische Unterwerfung" (Echeverría, Präsident Mexikos) einzusetzen;

daß sich trotz der von den USA und der lateinamerikanischen Reaktion unter Führung Brasiliens eingeleiteten Offensive die Tendenz zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit verstärkt, und daß der Prozeß der Polarisierung der progressiven, patriotischen Kräfte

Argentinien

Anfang März verübten in Cordoba, der zweitgrößten Stadt Argentinien, Polizeieinheiten mit Unterstützung einiger ultrarechter Organisationen einen gewaltsamen Umsturzversuch. Sie verhafteten den Gouverneur der Provinz, Ricarda Obregon Cano, und etwa hundert andere Vertreter der Behörden unter dem Vorwand, sie hätten progressive Gewerkschaften unterstützt. Außerdem wurden die Büros einiger Gewerkschaften besetzt.

Der Umsturzversuch der rechtsgerichteten Polizei brach aus, nachdem Obregon Cano, der sich als linksgerichteter Peronist versteht, den örtlichen Polizeichef absetzte. Über die Rundfunkstationen erklärten die Terroristen, daß sie den "Herd des Marxismus" in der Provinz Cordoba zerschlagen wollten.

Staatspräsident Peron stellte sich nicht hinter den linksperonistischen Gouverneur, sondern beschuldigte ihn in seiner Botschaft an den Kongreß, Cano hätte "umstürzlerische Umtriebe" in der Provinz "geduldet und angeheizt".

Diese offene Parteinahme Perons für die Reaktion ist im Zusammenhang mit einer Reihe von Maßnahmen der Regierung zu sehen, die gegen die von Peron versprochenen und von der Mehr-

heit der Bevölkerung angestrebten demokratischen Veränderungen gerichtet sind: So setzte Peron den berüchtigten Polizeikommissar a.D., A. Villar, wieder ein, der unter Präsident Onganía Anti-Guerilla-Brigaden zur Bekämpfung auch peronistischer Partisanen einsetzte. So verbot die Regierung die Organisation "Revolucionäres Volksheer" (ERP) mit der Begründung, den "Krieg der nationalen Befreiung" eindämmen zu wollen.

Das Vorgehen der staatlichen Machtorgane richtet sich indessen gegen die demokratisch-

antimperialistische Bewegung insgesamt, darunter auch gegen die linksperonistischen Kräfte in Gewerkschaften und staatlichen Institutionen. Die argentinische Regierung leistet so den Zielen der äußersten Reaktion und den Interventionsversuchen des US-Imperialismus Vorschub.

Angesichts der wachsenden Gefahr eines von der Reaktion und dem CIA angezettelten Militärputsches rief die argentinische Linke die Bevölkerung zur Mobilisierung aller ihrer Kräfte auf.



**¡LIBERTAD
para
LUIS
CORVALAN!**

FREIHEIT FÜR LUIS CORVALAN UND ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN CHILE !